

WISSEN WAS VOR ORT PASSIERT!

KOPO

kommunalpolitische blätter



REGISTER

75. Jahrgang 2023

Bauen/Wohnen

Wie wird Wohnen wieder bezahlbar?

(Bernd Düsterdiek)

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleibt eine zentrale politische Herausforderung. Nach Expertenschätzung müssten jährlich mindestens 350.000 neue Wohnungen in Deutschland gebaut werden, um den aktuellen Bedarf zu decken. Ein Blick in die Praxis zeigt indes, dass wir hiervon weit entfernt sind.

KOPO 2/Seite 32ff.

Bezahlbarer Wohnungsbau gleich weniger Klimaschutz?

(Oliver Wittke)

Es wird schwierig am Immobilienmarkt. Besonders hart sind die Folgen beim Wohnen. Denn hier geht es am Ende auch um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Mehr Tempo? Es gäbe Lösungen, die auch den Ansprüchen an Klimaschutz und Bezahlbarkeit gerecht werden – nur werden sie nicht mit der Entschiedenheit angegangen, die es jetzt so dringend braucht.

KOPO 6/Seite 34f.

Absturz des bezahlbaren Wohnungsbaus droht

(Axel Gedaschko)

„Kann Deutschland noch bauen?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt des diesjährigen Wohnungsbau-Tags. Und die Antwort ist deutlich: Wenn jetzt nichts passiert, dann gibt es beim Wohnungsbau keine Talfahrt, dann erleben wir beim Neubau von Wohnungen einen Absturz. Hauptgrund ist, dass die Politik es auf allen staatlichen Ebenen versäumt hat, alles dafür zu tun, den Bau bezahlbarer Wohnungen mit Nachdruck voranzutreiben.

KOPO 6/Seite 36f.

Klimafreundliches und nachhaltiges Bauen

(Andrea Untergutsch, Paul Ludwig)

Spätestens seit dem Green Deal der EU ist Klimafreundlichkeit für Bauprojekte ein zentrales Ziel. Darüber hinaus sieht die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vor, dass sämtliche Planungs- und Investitionsentscheidungen im Bau- und Gebäudebereich den Anforderungen an das nachhaltige Bauen entsprechen müssen. Dabei kommt öffentlichen Akteuren erwartungsgemäß eine Vorbildrolle zu. Um eine möglichst große Wirkung zu erreichen, müssen die zur Verfügung stehenden Handlungsstrategien gezielt eingesetzt werden.

KOPO 12/ Seite 32f.

Bildung

bpb – Bildung mit Schlagseite

(Christian Haase)

Im November letzten Jahres feierte die Bundeszentrale für politische Bildung mit einem großen Festakt in Bonn mit über 1.000 Teilnehmern ihr 70-jähriges Bestehen. Zeit für eine kritische Würdigung.

KOPO 2/Seite 12f.

Schulfinanzierung in NRW neu gedacht

(Claus Hamacher & Dr. Jan Fallack)

Die staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft im Schulbereich ist seit der Erstfassung vom 28.06.1950 in Art. 8

Abs. 3 S. 1 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen festgeschrieben: „Land und Gemeinden haben die Pflicht, Schulen zu errichten und zu fördern.“ Diese Gemeinschaft hat sich in mehr als 70 Jahren Nachkriegsgeschichte bewährt und als überaus belastbar erwiesen. Der StGB NRW bekennt sich zu diesem Modell auch weiterhin ohne Einschränkungen. Allerdings scheint jetzt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der historischen Belastungen durch multiple Krisen – der richtige Zeitpunkt für eine grundlegende Neuausrichtung gekommen.

KOPO 3/Seite 44f.

KGSt®-FORUM 2023

Vom 27. bis 29. September 2023 steht das Congress Center Hamburg (CCH) ganz im Zeichen der Zukunft der Kommunen. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist Gastgeberin des größten kommunalen Fachkongresses Deutschlands, des KGSt®-FORUMS 2023. Veranstalterin ist die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

KOPO 7/Seite 22f.

Interview: Jedes Kind verdient die besten Chancen

(Karin Prien)

Am 16. Juni hat der Bundesausschuss der CDU Deutschlands das Kinderzukunftspapier beschlossen. Es ist Bestandteil des neuen CDU-Grundsatzprogrammes. Grund genug, sich das Papier genauer anzusehen. Wir haben mit der für das Thema federführenden stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Karin Prien gesprochen.

KOPO 9/Seite 20ff.

Eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe

(Jens Nagel)

Immer mehr Kommunen setzen beim Neubau oder bei der Sanierung von Bildungsimmobilien auf die Zusammenarbeit mit spezialisierten Investoren. Davon können beide Seiten profitieren, sofern es sich um eine Partnerschaft auf Augenhöhe handelt und alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Warum sich die Zusammenarbeit mit Investoren für Kommunen lohnt und die teilweise schlechten Erfahrungen aus den 1990er Jahren mit Private-Partnership-Modellen der Vergangenheit angehören.

KOPO 12/Seite 34f.

Chancen des Europäischen Bildungsraums

(Sabine Verheyen)

Der Europäische Bildungsbereich ist eine visionäre Initiative. Sie ist von großer Bedeutung für die Zukunft der Bildung in Europa. Es geht darum, Barrieren abzubauen, Inklusivität zu fördern und Menschen mit den Fähigkeiten und dem Wissen auszustatten, das sie benötigen, um sich in einer ständig wandelnden Bildungslandschaft zu behaupten.

KOPO 12/Seite 36f.

Essener Schulen nutzen LoRaWAN

(Jochen Sander)

Unter dem Motto „Digitalisierung zum Anfassen“ unterstützt die Smart City-Initiative CONNECTED.ESSEN im Rahmen eines Pilotprojekts engagierte Schulen bei der Digitalisierung der Bildung, um Schülerinnen und Schüler für digitale Technologien zu begeistern und Digitalkompetenzen zu fördern.

KOPO 12/Seite 38f.

Bildung im Öffentlichen Raum*(Elke Tonscheidt)*

Offene Bücherschränke sind Schränke im Öffentlichen Raum. Es gibt umgebaute Telefonzellen, selbstgebaute Holzregale und wesentlich aufwendiger erstellte Schrankvarianten. In Düsseldorf steht der Offene BOKX-Bücherschrank, gebaut von Urbanlife. Der Chef dieser Genossenschaft, Hans-Jürgen Greve, war der erste, der das Projekt großflächig bekannt gemacht hat. Über 1000 seiner Schränke stehen mittlerweile in ganz Deutschland.

KOPO 12/Seite 44f.

Die Experimentierwerkstatt der Hochschule Flensburg*(Petra Nicolaisen)*

Aus dem Lehrbuch ins Labor: An der Flensburger Förde haben Schüler der Jahrgangsstufen 10 bis 13 die Möglichkeit, in einem professionellen Labor unter Anleitung eines Biologen und Studenten der Hochschule Experimente durchzuführen. So bleibt der Lehrstoff nicht bloß graue Theorie.

KOPO 12/Seite 46

Bundespolitik**Ampel-Regierung ist kommunalfeindlich***(Christian Haase)*

Halbzeit der Ampel-Regierung in Berlin – und damit Zeit für eine Zwischenbilanz des bisherigen Regierungshandelns durch die kommunale Brille. Unsere Befürchtungen haben sich bewahrt: Mit dem Ende der unionsgeführten Bundesregierung haben die Kommunen keinen starken Partner im Bund an ihrer Seite.

KOPO 11/ Seite 12ff.

Ein Mosaikstein für die Frauenquote*(Jasmin Herbell, Christina Stumpp)*

Am 18.10. ging das Netzwerk Women@CDU an den Start. Wir haben mit der Initiatorin Christina Stumpp MdB gesprochen: Wie können wir mehr Frauen für die Kommunalpolitik begeistern? Außerdem auf unserem Fragenzettel: Wie bereitet sich die CDU Deutschlands auf das Superwahljahr 2024 vor?

KOPO 12/Seite 20ff.

Digitalisierung**Mehr als nötig: Warum der Glasfaserüberbau schadet***(Christian Haase)*

Deutschland will sich fit machen für das digitale Zeitalter. Dazu gehört zeitgemäßes schnelles Internet mit Glasfaser. Jahrelang ging es im Kupferland kaum voran – inzwischen gibt es immer mehr Regionen mit mehreren konkurrierenden Anbietern. Branchenverbände wie der Breko, aber auch der VKU fordern eine Eindämmung des sogenannten Überbaus. Und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag gestellt. Worum geht es?

KOPO 5/Seite 10ff.

Der Breitbandausbau lahm*(Dr. André Berghegger)*

Die Voraussetzung für digitale Teilhabe ist eine flächendeckende Breitbandversorgung sowohl mittels Glasfasertechnologie als auch mit einem verlässlichen Mobilfunknetz. Die Bundesregierung hatte im Juli des vergangenen Jahres ihre Gigabitstrategie vorgelegt – und danach nicht mehr viel unternommen. Im Gegenteil: Die Ampel-Koalition und Bundesminister Wissing hatten im Oktober 2022 plötzlich einen Antragsstopp für alle Kommunen in Deutschland beim Breitbandförderprogramm verhängt. Zudem wird das Potenzial alternativer Verlegungsmethoden verschenkt und auch beim Mobilfunk scheint die Ampel-Koalition den ländlichen Raum zu vergessen.

KOPO 5/Seite 13ff.

Interview: High-Speed Glasfaserausbau: RASANNT macht's möglich*(Dipl.-Kfm Dieter Lindauer)*

Wie eine Stadt mit 50.000 Einwohnern in der Region Hannover in drei Jahren mit Glasfaser vollständig erschlossen wird: Darüber haben wir mit Dipl.-Kfm Dieter Lindauer, Geschäftsführer der Ideenstadtwerke in Neustadt a. Rbge gesprochen.

KOPO 5/Seite 16f.

VKU mahnt zu Kurswechsel*(Ingbert Liebing)*

Trotz hoher Investitionen und Fördersummen kommt der Ausbau des Glasfasernetzes in Deutschland nicht so schnell voran wie erhofft. Durch strategische Manöver bremst die Deutsche Telekom aus unserer Sicht den Glasfaserausbau aus und gefährdet damit die Breitbandziele der Bundesregierung. Denn obwohl das Unternehmen vielfach die Glasfaserleitungen seiner Mitbewerber mitnutzen kann, plant oder baut es über die Leitungen der anderen hinweg. In einem gemeinsamen Brandbrief an Digitalminister Volker Wissing hat der Verband kommunaler Unternehmen zusammen mit mehreren weiteren Telekommunikationsverbänden auf das Problem hingewiesen.

KOPO 5/Seite 18f.

Für eine Trendumkehr beim OZG-Änderungsgesetz*(Dorothea Störr-Ritter)*

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) ist 2017 als eines der wichtigsten und größten Vorhaben der deutschen Verwaltungsdigitalisierung gestartet. Bis Ende 2022 sollten alle Verwaltungsleistungen nutzerfreundlich online zur Verfügung stehen. Mittlerweile ist es 2023 und die Bilanz fällt mehr als ernüchternd aus. Bisher habe alle Mühen und Gelder außer Frust auf allen Seiten wenig Zählbares hervorgebracht. Dies ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Überforderung der Verwaltung, insbesondere in den kommunalen Behörden vor Ort, dramatisch.

KOPO 5/Seite 20ff.

Empfehlungen für die Nachfolgeregelung des OZG*(Sirko Scheffler)*

Eine Nachfolgeregelung des OZG muss eine Volldigitalisierung der gesamten öffentlichen Hand im Fokus haben und die direkt betroffenen Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen in Kombination mit deren Fachverfahrensherstellern und IT-Dienstleistern viel stärker als bisher einbeziehen.

KOPO 5/Seite 23ff.

Die digitale Stadt Taunusstein

(Junis Maxim Sahib & Hendrik Vorwerk)

Die Stadt Taunusstein leitete 2018 einen umfassenden Strategieprozess ein, um die Stadtverwaltung in den Handlungsfeldern IT und Digitalisierung zukunftsfähig auszurichten. Dafür wurden mit Unterstützung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH strategische Handlungskonzepte in den Bereichen IT und E-Government entwickelt. Vier Jahre nach Veröffentlichung der Strategie kann die Stadt Taunusstein auf eine erfolgreiche digitale Transformation und einen spürbaren Wandel der Verwaltungsstrukturen zurückblicken.

KOPO 5/Seite 26f.

Warum Digitalisierung für die Kommune unverzichtbar ist

(Carsten Schwenecker)

Digitalisierung der Kommune, häufig auch Smart City genannt, ist ein weit gefasster Begriff, und wann immer man sich darüber austauscht, merkt man schnell, dass jeder darunter etwas anderes versteht oder damit verbindet.

KOPO 5/Seite 28f.

Cybersicherheit in der EU: Die NIS-2-Richtlinie

(Sabine Verheyen)

Die NIS-Richtlinie aus dem Jahr 2016 war die erste EU-weite gesetzgeberische Maßnahme, die die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Cybersicherheit verstärken sollte. Sie umfasst Sicherheitsverpflichtungen für Betreiber wesentlicher Dienste in kritischen Sektoren wie Energie, Verkehr, Gesundheitswesen und Finanzen und Anbieter digitaler Dienste. Die Neufassung trägt der sich verändernden Bedrohungslage und dem digitalen Wandel Rechnung. Die neuen Vorschriften schließen die Stärkung von Risiko- und Sicherheitsvorfallmanagement und europäische Zusammenarbeit sowie die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Vorschriften ein.

KOPO 5/Seite 30f.

Stuttgart erreicht Meilenstein bei Digitalisierung

(Gudrun Brewko & Regine Stang)

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart mit ihren rund 16.000 Beschäftigten entwickelte gemeinsam mit der Personalvertretung eine interne „Rahmendienstvereinbarung zur Digitalisierung und IT“ als Pendant zur Stuttgarter Digitalisierungsstrategie „Digital MoveS“. Das Motto „Mensch-Prozess-IT“ steht an zentraler Stelle.

KOPO 5/Seite 32f.

Qualitätsmedizin und Digitalisierung im Ländle

(Heiner Scheffold)

Sei es die Digitalisierung von pathologischen Befunden, standardisierte und digitale Betten- und Belegungsübersichten oder das weite Feld der Telemedizin: Deutschlands Krankenhäuser arbeiten immer noch weitestgehend analog. Der Kompetenzverbund Qualitätsmedizin und Digitalisierung Baden-Württemberg soll die Kliniken ins digitale Zeitalter führen. Der Schlüssel zum Erfolg: Kliniken sollen sich zu diesem Zweck zusammenschließen, um voneinander zu lernen.

KOPO 5/Seite 34f.

Bus per App bestellen und für 1,50 Euro fahren

(Verkehrsverbund Großraum Ingolstadt, VGI)

Vor fast einem Jahr ist der erste VGI-Flexi On-Demand-Service in Beilngries (Landkreis Eichstätt) gestartet, seitdem sind zwei weitere Bedienegebiete mit Scheyern und Denkendorf dazugekommen. Der Mobilitätsdienst auf Abruf bringt Nutzerinnen und Nutzer ganz flexibel zu gewünschten Orten im Bedienegebiet. Buchungen können dabei je nach Vorliebe per App, Telefon oder Website vorgenommen werden und spontan (min. 60 Minuten vor der gewünschten Fahrt) oder im Voraus (max. 30 Tage) erfolgen. Das Besondere am VGI-Flexi: Das Fahrten- und Ressourcenmanagement für alle Gebiete erfolgt über dieselbe Plattform. Ein zukunftsweisendes Modell – nicht nur für den VGI.

KOPO 5/Seite 36f.

Potenziale von Smart Cities nutzen

(Petra Nicolaisen)

Das Potential von Smart Cities und Smart Regions wird in Deutschland bisher nur unzureichend genutzt. Es bedarf daher dringend einer stringenten Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung mit klar definierten und messbaren Indikatoren, Zielen und Visionen, um die Modellprojekte Smart Cities sowie die Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen voranzubringen. Hierzu haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung mit unserem Antrag „Potenziale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen“ aufgefordert.

KOPO 7/Seite 38f.

Energie und Energiewende

Energieversorger sind keine Raffkes

(Ingbert Liebing)

In der anhaltenden Diskussion um die gestiegenen Energiepreise sieht der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) eine böswillige und ungerechtfertigte Kampagne, die Energieversorger pauschal unter Generalverdacht stellt. So sehr der Unmut an massiv gestiegenen Energiepreisen verständlich ist: Ursache für die Preisentwicklung sind exorbitant gestiegene Einkaufspreise für Strom und Gas an den Energiemärkten in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

KOPO 1/Seite 20f.

Energiekrise – Noch keine Entwarnung

(Ingbert Liebing)

Begünstigt durch ungewöhnlich milde Temperaturen, eine moderate Nachfrage, sehr gut gefüllte Gasspeicher, geringe Verbräuche und die fertiggestellten LNG-Terminals sind die Gaspreise im Großhandel zwar zuletzt gesunken. Aber: Die erfreuliche Entwicklung der Gas- und Strompreise ist eine Momentaufnahme und die Energiekrise damit noch nicht überwunden. Deshalb ist es für eine Entwarnung noch zu früh.

KOPO 2/Seite 26f.

Erneuerbare Energien: Mehr Tempo in NRW

(Markus Klaus)

Die Zukunftskoalition aus CDU und Bündnis 90/Grüne in NRW hat sich zum Ziel gesetzt, die Erzeugung von Windkraft im größ-

ten Bundesland in den kommenden Jahren massiv auszubauen. Diesem Ziel ist sie im vergangenen Jahr nähergekommen.
KOPO 2/Seite 40ff.

Konzessionswettbewerb richtig nutzen

(Dr. Christof Schorsch)

Städte und Gemeinden schließen Konzessionsverträge für das Stromnetz und das Gasnetz in der Regel mit einer Laufzeit von 20 Jahren ab. Das Auslaufen bestehender Verträge muss zwei Jahre vorher öffentlich bekannt gemacht werden (§ 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz, EnWG). Die Kommune sollte sich jedoch bereits früher intensiv mit den Verfahren beschäftigen. Neue Entwicklungen sollten dabei berücksichtigt werden.

KOPO 3/Seite 32ff.

Wasserstoff gehört ins kommunale Netz

(Ingbert Liebing)

Für das Erreichen der Klimaschutzziele und eine schnelle Energiewende ist Wasserstoff ein zentraler Baustein. Damit verbunden ist die Relevanz des Gasnetzes. Die EU-Kommission plant nun die eigentumsrechtliche Trennung des Wasserstoff- und Gasnetzes auf Verteilnetzebene. Das ist nicht nachvollziehbar, denn ein solches Vorhaben würde einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft behindern und ist ein Bärendienst für das Gelingen der Energiewende in den Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

KOPO 3/Seite 38f.

Wärme der Zukunft erlebbar: Neue Fachmesse HEATEXPO

Die B2B-Plattform zeigt innovative Lösungen für die nachhaltige und klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung in der Messe Dortmund.

KOPO 4/Seite 13

Stadtwerke dürfen nicht überfordert werden

(Dr. André Berghegger)

Die Stadtwerke sind Partner der Politik, wenn es um die Umsetzung der Energiewende vor Ort geht. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, Klimaziele einhalten zu wollen: Wir brauchen ein Belastungsmoratorium, um die Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke und die Zielstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht zu gefährden.

KOPO 4/Seite 18ff.

Schwimmende Photovoltaik-Anlage Dillingen

(Frank Kunz)

Unverzichtbarer Partner sind für den Rathauschef in Dillingen die Donau-Stadtwerke Dillingen-Lauingen (DSDL) – diese haben in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche neue Projekte zur Erzeugung von „grüner Energie“ realisiert. Ein Beispiel: Auf dem ehemaligen Kieswerksgelände an der Zufahrt zur Nusser-Alm haben die Stadtwerke und die Firma Wager im Jahr 2022 einen 1,7 Hektar großen Solarpark errichtet, der bis zu 600 Haushalte versorgen kann.

KOPO 4/Seite 22f.

Multitalent Wasserstoff: So planen die Bundesländer

(Magnus Doms)

Wasserstoff ist der Joker der Energiewende. Denn er ist quasi überall einsetzbar – von der Industrie über Kraftwerke bis zu Fahrzeugen. Dabei ist es wichtig, ihn gezielt und effizient zu nutzen, da bei der Produktion viel Energie verloren geht. Die Bundes-

länder haben eigene Strategien und Roadmaps vorgelegt, in denen detaillierte Wege vorgezeichnet werden, wo Wasserstoff am dringendsten gebraucht wird und vorwiegend zum Einsatz kommen soll. Die Bundesländer setzen unterschiedliche Schwerpunkte, was die Erzeugung, Nutzung und die Bedeutung von Wasserstoff für die regionale Wirtschaft betrifft.

KOPO 4/Seite 24ff.

Eine Wärmewende für Alle?

(Dr. Arnt Baer)

Die Energieversorgung in Deutschland wurde durch den Russlandkrieg in der Ukraine einem echten Stresstest unterzogen. Er wurde bestanden, aber wenn wir ehrlich sind, hatten wir auch Glück mit dem Wetter. Die Preisexplosion war nicht zu verhindern und ist nur deswegen nicht bei den Menschen voll durchgeschlagen, weil der Staat die Preise gedeckelt hat und die Energieversorger diese staatliche Fördermaßnahme unter erheblichen Anstrengungen umgesetzt haben. Es war richtig, die Menschen zu entlasten, auch wenn das System aufgrund der nötigen Umstellung der IT-Infrastruktur und der Neuartigkeit der Logik sehr komplex ist.

KOPO 4/Seite 28f.

Diskussion um Heizverbot führt zu Vollbremsung

(Ingbert Liebing)

Das Klimaschutzgesetz verpflichtet Deutschland, bis 2045 CO₂-neutral zu sein. Eine der wichtigsten Säulen auf dem Weg zur Klimaneutralität ist die Wärmewende. Mit dem Wechsel des Energieträgers und Sanierungen soll ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Mit Blick auf einen aktuellen Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz befürchtet der Verband kommunaler Unternehmen eine ungewollte Vollbremsung beim Klimaschutz. Er fordert stattdessen eine sachliche Diskussion notwendiger Ziele und realistischer Wege zur Dekarbonisierung des Wärmesektors.

KOPO 4/Seite 30f.

So gelingt der Erdgasausstieg vor Ort

(Julian Senders)

Die Gemeinden sehen sich aufgrund der Klimakrise und der zu ihrer Abwendung getroffenen Regulationsmaßnahmen mit verschiedensten Herausforderungen konfrontiert. Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) gibt vor, die Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor bis 2030 auf insgesamt 67 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent zu senken, im Jahr 2045 soll gemäß § 3 Abs. 2 KSG Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Ähnliche Zielsetzungen finden sich in den einzelnen Landesklimaschutz- bzw. Landesenergiegesetzen.

KOPO 4/Seite 32ff.

Intelligente Wärme schlägt ideologisierte Vorgaben

(Raimund Haser)

Energiepolitik geht nicht ohne Zahlen, Daten und Fakten. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, hat in der Vergangenheit, insbesondere seit der Jahrtausendwende, aber nicht immer eine große Rolle gespielt. Viele Probleme, die wir heute im Kontext des Krieges in der Ukraine diskutieren, sind in Wahrheit das Ergebnis der Energiepolitik der vergangenen 20 Jahre. Diese wiederum ist eine direkte Folge unserer Wirtschaftspolitik. Und da wir in einer globalisierten Welt leben, sind wir in all diesen Fragen nicht allein auf der Welt.

KOPO 4/Seite 36f.

KlimaG: Ziele realistisch setzen

(Steffen Jäger)

Am 1. Februar 2023 hat der Landtag von Baden-Württemberg die Novelle des Klimaschutzgesetzes verabschiedet. Aus dem bisherigen Klimaschutzgesetz (KSG) wurde das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (KlimaG). Damit ist ein zentraler Schwerpunkt aus dem Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung „abgehakt“ – doch Fragen bleiben: Wie geht es weiter? Was kommt auf die Bürgerschaft, was auf die Kommunen zu? Sind die Ziele richtig gesetzt und können diese überhaupt erreicht werden? Eine Bewertung aus Sicht der Gemeinden und Städte.

KOPO 4/Seite 38ff.

Interview: 6 Millionen Wärmepumpen bis 2030 sind realistisch

(Dr. Martin Sabel)

Die Wärmepumpe gilt als das Heizsystem der Zukunft: Doch so groß die damit verbundenen Hoffnungen für den Klimaschutz sind, so massiv sind auch die mit der Öko-Heizung verbundenen Ängste: Gibt es genug Fachkräfte, ist das Stromnetz darauf vorbereitet und wie teuer wird das alles für die Verbraucher? Wir haben mit dem Geschäftsführer des Wärmepumpen-Lobbyverbandes darüber gesprochen.

KOPO 6/Seite 26ff.

Interview: Wie geht eigentlich Kommunale Wärmeplanung?

(Dr. Desiree Jung, Sebastian Offermann & Julia Schade)

Die Wärmewende wurde bei den Debatten um Klimaneutralität lange Zeit vernachlässigt. Nun rückt sie immer mehr in den politischen Fokus. Die kommunale Wärmeplanung ist seitens der Bundesregierung als zentrales und verbindliches Planungsinstrument vorgesehen und soll bald flächendeckend für alle Kommunen verpflichtend werden. Wir haben mit drei Experten gesprochen, was es bei der Umsetzung vor Ort zu beachten gilt.

KOPO 6/Seite 28ff.

GEG mit kommunaler Wärmeplanung verzahnen

(Ingbert Liebing)

Der viel diskutierte Entwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat viele Menschen verunsichert und auch die Stadtwerke sehen erheblichen Verbesserungsbedarf. Grundsätzlich ist es richtig, dass die Bundesregierung mit Hochdruck an gesetzlichen Grundlagen einer klimaneutralen Wärmeversorgung arbeitet. Dieses Ziel muss bis 2045 erreicht werden, daran ist nicht zu rütteln. Doch in der aktuellen Situation ist es notwendig, die GEG-Novelle nicht hastig über das Knie zu brechen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, das GEG und das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung in der zweiten Jahreshälfte 2023 gemeinsam zu beraten und zum 1. Januar 2025 in Kraft treten zu lassen – wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht.

KOPO 6/Seite 31

Grüne Wärme statt Schwarze Pumpe

(Kristin Preßler)

Transformation in der Lausitz: Wie die ehemalige Kohleregion um Hoyerswerda auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung umstellt.

KOPO 6/Seite 38f.

Wärmewende – mit den Kommunen zum Erfolg

(Andreas Jung)

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Das ist unser Beitrag zum Pariser Klimaabkommen. Alle Bereiche müssen hierzu ihren Beitrag leisten – auch der Gebäudesektor, der in Deutschland für mehr als ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich ist.

KOPO 7/Seite 28f.

Klima schützen – regional und technologieoffen

(Gordon Schnieder)

Es besteht politisch und gesellschaftlich ein breiter Grundkonsens: Wir wollen die Energie- und Wärmewende schaffen! Allerdings haben uns die vergangenen Wochen gezeigt, dass die Wege dorthin nicht unterschiedlicher sein können.

KOPO 7/Seite 30f.

Fünf Vorschläge für ein besseres GEG

(Ingbert Liebing)

Die Einigung in der Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz bewerten wir als außerordentlich positives Signal auf dem Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung. Nun besteht die Aussicht auf ein gutes Gesetz, mit realistischen Regelungen, die von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern auch umgesetzt werden können. Die geplante Verzahnung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) mit der kommunalen Wärmeplanung stößt in der Branche auf große Zustimmung.

KOPO 7/Seite 32f.

Kommunale Wärmeplanung: Alles andere als trivial

(Dr. André Berghegger)

Was für Neubaugelände längst etabliert ist, will die Bundesregierung jetzt per bundesgesetzlicher Regelung für alle Gebiete Deutschlands verbindlich vorschreiben: Kommunen müssen künftig eine verbindliche Wärmeplanung auch für bebaute Bereiche vorlegen. Nachdem ein erster Referentenentwurf noch vorgesehen hatte, die Wärmeplanung auf Regionen ab 10.000 Einwohnern zu beschränken, sehen die aktualisierten Planungen der Bundesregierung eine flächendeckende Wärmeplanung vor. Übertragen wird die Pflicht zur Wärmeplanung formal auf die Länder, die wiederum die Aufgabe an ihre Kommunen delegieren können.

KOPO 9/Seite 23ff.

Versorgungssicherheit: Planlos verplant?

(Dr. Hans Wolf von Koeller)

Die Stromversorgung muss jederzeit funktionieren. Kommunale Unternehmen brauchen eine belastbare Kraftwerksstrategie. Das Bundeswirtschaftsministerium hat mehr Geduld als gedacht.

KOPO 11/Seite 16ff.

Wärmeplanung im Landkreis Lörrach

(Inga Nietz)

Der Landkreis Lörrach gehört zu den Gewinnern beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2022“. Die Auszeichnung wurde für die interkommunale Wärmeplanung des gesamten Landkreises vergeben. Gemeinsam mit seinen 35 Kommunen und weiteren Beteiligten hat der Landkreis Lörrach eine Strategie entwickelt, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt Maßnahmen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung umzusetzen.

KOPO 11/Seite 19ff.

Konzessionen als Gestaltungshebel einsetzen*(Dr. Desiree Jung)*

Die Energiewende ist in vollem Gange und stellt Kommunen vor neue Herausforderungen, aber auch Chancen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Verfahren zur Vergabe von Strom-, Gas- und künftig wohl auch Wasserstoffkonzessionen nach § 46 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Diese Verfahren ermöglichen es den Kommunen, die Energieversorgung in ihrem Gebiet zu gestalten und somit aktiv an der Energiewende mitzuwirken.

KOPO 11/Seite 22f.

Neuer Schwung für Photovoltaik und Windkraft*(Ingbert Liebing)*

Um die angestrebten Klimaschutzziele erreichen zu können, benötigt der Ausbau der Erneuerbaren Energien dringend einen Turbo Booster. Deshalb begrüßen wir zwei aktuelle Initiativen auf nationaler und EU-Ebene mit direkten Auswirkungen vor Ort, auch in der Kommune: Die aktuelle Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die den Ausbau von Photovoltaikanlagen in Deutschland deutlich beschleunigen soll. Und ein Maßnahmenpaket der EU-Kommission, das europaweit den Windkraftausbau entscheidend vorantreiben soll.

KOPO 11/Seite 24f.

Nach der Kohle ist vor dem Wasserstoff*(Ulrich Jaeger, Arnela Sacic)*

Wasserstoff statt Koks und Kohle: Nach dem Aus der Kohleerstromung planen die Dortmunder Stadtwerke den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Ein Überblick über mögliche Einsatzbereiche, der Hoffnung auf die Zukunft macht.

KOPO 11/Seite 36f.

Fernwärme kommt eine Schlüsselrolle zu*(Dr. Constantin H. Alsheimer)*

Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist der Wärmemarkt entscheidend. Er macht über 50 Prozent des Energiebedarfs in Deutschland aus. Nur rund 17 Prozent davon werden bisher durch erneuerbare Energien gedeckt. Auch in Frankfurt am Main ist die Wärmeversorgung zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität von großer Bedeutung. Allerdings sind in hochverdichteten Ballungsräumen wie Frankfurt die Potentiale für die erneuerbare Energieerzeugung im Gebäudebereich begrenzt. Neben der energetischen Sanierung von Gebäuden kommt hier vor allem der Fernwärme eine Schlüsselrolle zu, denn sie eignet sich hervorragend zur Dekarbonisierung. Dies gilt insbesondere dann, wenn zukünftig zunehmend Wasserstoff in der Erzeugung zum Einsatz kommt.

KOPO 12/Seite 19

Wärmewende: Finanzierung vor Ort auf der Kippe*(Ingbert Liebing)*

Der Bundestag hat kürzlich das Wärmeplanungsgesetz (Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze – WPG) verabschiedet. Die Koalitionsfraktionen haben den Regierungsentwurf zwar an mehreren Stellen maßgeblich verbessert. Doch Wermutstropfen bleiben: Finanzierung der Wärmeplanung sowie die Förderung für den Aus- und Umbau der Fernwärme sind weiterhin unzureichend. Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts appellieren die kommunalen Energieversorger, die Förderung der Fernwärme solide und auskömmlich zu finanzieren.

KOPO 12/Seite 40f.

Bürokratieabbau: Der Hidden Champion der Energiewende*(Martin Müller, Rainer Lautenbacher, Manuel Schrepfer)*

Die Energiewende ist ein ambitioniertes Vorhaben, das vor allem eines erfordert: Tempo. Während in den letzten Jahren wichtige Maßnahmen wie zum Beispiel das Sommer- und Osterpaket oder auch das Solarpaket auf den Weg gebracht wurden, gibt es weiterhin Hürden, die die Energiewende mit unnötigen bürokratischen Regelungen ausbremsen. Das Potential für Bürokratieabbau in der Energie- und Wasserwirtschaft ist enorm.

KOPO 12/Seite 42f.

Europa**Verbrenner-Aus ab 2035***(Sabine Verheyen)*

Rund 20 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU entstehen im Verkehrssektor und auch in der Bundesrepublik war zuletzt, im Jahr 2021, noch ein leichter Anstieg der Emissionen im Straßenverkehr um einen Prozentpunkt zu verzeichnen. Auf europäischer Ebene gibt es verschiedene Vorhaben, um die Klimaneutralität im Rahmen der Mobilität bis 2050 zu erreichen. Doch anstatt auf Stimuli zu setzen, die grüne Investitionen in verschiedene nachhaltige Technologien im Automobilsektor lenken, wurden zuletzt Vorschläge unterbreitet und Verbote erlassen, die eine Elektrifizierung des Verkehrs gewissermaßen politisch erzwingen.

KOPO 3/Seite 36f.

Europa will Grünflächen vor Ort vorschreiben*(Klaus Mack)*

Im Juni 2022 hat die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf für die Wiederherstellung der Natur vorgelegt. Übergeordnetes Ziel dieses Entwurfes ist es, durch die Wiederherstellung von Ökosystemen zur kontinuierlichen und nachhaltigen Erholung einer biologisch vielfältigen und widerstandsfähigen Natur beizutragen. Damit sollen die Verwirklichung der EU-Ziele für Biodiversitätserhaltung, Klimaschutz und -anpassung sowie die Erfüllung internationaler Biodiversitätsziele befördert werden.

KOPO 4/Seite 14f.

Nachhaltige kommunale Haushalte und Investitionen*(Sabine Verheyen)*

Das Ende Juni veröffentlichte Maßnahmenpaket der EU-Kommission sieht eine Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU einschließlich eines Verordnungsvorschlages zu dessen Änderung vor. Mit der Überarbeitung will die Kommission auf die neuen Herausforderungen der EU reagieren. Unter anderem sind spezielle Instrumente zur Finanzierung der Fazilität für die Ukraine, ein Sonderinstrument für die Finanzierung von NextGeneration-EU-Anleihen und schließlich eine Aufstockung der Souveränitätsinstrumente im Rahmen bestehender Programme (wie InvestEU und EU-Innovationsfonds) beabsichtigt.

KOPO 7/Seite 34f.

Weltweit erste Regeln zu Künstlicher Intelligenz*(Marion Walsmann)*

Was darf KI und was darf sie nicht? Spätestens seit dem durchschlagenden Erfolg von ChatGPT wird dieses Thema heiß disku-

tiert. Die EU stellt jetzt die weltweit ersten Regeln zu Künstlicher Intelligenz auf.
KOPO 11/Seite 30f.

Finanzen

Steuerschätzung stürzt die Ampel immer tiefer ins Chaos

(Christian Haase)

Wer wissen will, wie tief diese Bundesregierung zerstritten ist, der muss nur auf das aktuell laufende Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 schauen. Traditionell stellt der Bundesfinanzminister im März eines Jahres die Eckwerte für den Haushalt des nächsten Jahres vor. In diesem Jahr gab es allerdings nur eine Fehlzanzeige. Die Ampel konnte sich nicht einmal auf dieses Grundgerüst des Haushaltsaufstellungsverfahrens einigen. Kommt Zeit, kommt Rat – dachte man sich wohl im Kabinett. Ingeheim hatte so manches Regierungsmitglied wohl auf einen wunderbaren Geldregen bei der nächsten Steuerschätzung gehofft.
KOPO 6/Seite 12f.

Ist die kommunale Finanzstruktur unreformierbar?

(Prof. Dr. Hans-Günter Henneke)

Der CDU-Parteivorsitzende und Vorsitzende der Unionsbundestagsfraktion, Friedrich Merz, hat angeregt, einen erneuten Anlauf für eine Reform der Kommunalfinanzen zu unternehmen. Die Stiftung Marktwirtschaft hat am 7.2.2023 eine Tagung mit gleicher Zielsetzung unter dem Titel: „Steuerentflechtung und -vereinfachung: ein Märchen aus 10.801 Gebietskörperschaften“ – wobei die 294 Landkreise leider unterschlagen worden sind – durchgeführt, deren Tagungsbericht inzwischen erschienen ist.
KOPO 7/Seite 14ff.

So stärken Staat und privat die Daseinsvorsorge

Die Herausforderungen für Kommunen bei Demografie, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Infrastruktur sind enorm. Zukunft gestalten und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich sein – dafür brauchen Städte und Gemeinden neue Formen der Zusammenarbeit.
KOPO 7/Seite 20f.

Tarifeinigung in schwierigen Zeiten

(Niklas Benrath)

Am späten Abend des 22. April 2023 haben wir gemeinsam mit unserem Verhandlungspartner, dem Bund, sowie den Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion eine Tarifeinigung für die mehr als 2,6 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen erzielt. Dafür hat es nicht nur vier Verhandlungsrunden, sondern nach langer Zeit auch wieder ein Schlichtungsverfahren gebraucht. Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind nie einfach. Aber die Tatsache, dass man in die Schlichtung gehen musste, zeigt, dass diese Tarifverhandlungen besonders schwierig waren.
KOPO 7/Seite 24f.

EPSAS – Auch ein Szenario für Kommunen

(Dr. Inge Gräßle & Ralph Brinkhaus)

EPSAS (European Public Sector Accounting Standards) werden kommen. Gemeinsame europäische Rechnungslegungsstandards

werden nach Einschätzung der beiden Autoren nicht nur auf Ebene der Europäischen Union, sondern auch auf nationaler Ebene über alle föderalen Ebenen hinweg – also auch für die Kommunen – langfristig zum Standard werden.
KOPO 9/Seite 16f.

Mit Haushaltstransparenz für attraktive Kommunen

(Arne Herz)

Klamme Kassen, immer mehr Aufgaben bei gleichbleibenden Zuweisungen von Bund und Land, keine finanziellen Spielräume – wir Verantwortlichen in den Kommunen stehen vielerorts mit dem Rücken zur Wand. Wir alle kennen die Lage und haben wenige Möglichkeiten zur Veränderung. Diese ist aber zwingend notwendig. Vor allem da eine Zufriedenheit mit dem direkten Lebensumfeld die Demokratie am meisten stärkt. Also was muss passieren, damit sich etwas ändert?
KOPO 9/Seite 18f.

Nachhaltige kommunale Finanzen

(Dr. Kirsten Witte)

Die Bertelsmann Stiftung hat untersucht, wo die Kommunen aktuell bei der Nachhaltigkeitstransformation stehen und wie es gelingen kann, Nachhaltigkeit trotz fehlender Personalressourcen und knapper Kassen voranzutreiben.
KOPO 9/Seite 30f.

Die Ohnmacht vor der Eingliederungshilfe

(Dr. André Jethon & Lars Martin Klieve)

Immer mehr Menschen mit Behinderung beziehen Eingliederungshilfe. Nicht nur die Fallzahlen steigen, auch die Fallkosten nehmen zu. Ein Blick auf die Finanzierung, die insbesondere in NRW für die Kommunen zur Belastung wird.
KOPO 10/Seite 46f.

Die CDU/CSU wird die Schuldenbremse verteidigen

(Christian Haase)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse hat das politische Berlin erschüttert. Mit Ansage ist die Bundesregierung in eine Haushaltskrise getaumelt. Denn warnende Stimmen gab es genug. Kurz nach dem Urteil wollten die Haushaltspolitiker der Ampel den Bundeshaushalt 2024 noch wie geplant durchs Parlament peitschen. Erst nach lauter Kritik von uns Unionshaushältern ist die Ampel zur Einsicht gekommen. Dabei war sofort klar, dass die Stärkung der Schuldenbremse durch das Bundesverfassungsgericht massive Auswirkungen auf die Haushaltspolitik hat. Jetzt soll erst der Bundeshaushalt 2023 durch einen Nachtragshaushalt verfassungsfest gemacht werden, bevor der Deutsche Bundestag den Haushalt 2024 abschließend berät.
KOPO 12/Seite 18

Gesundheit/Corona

Coronamonitoring über den Abwasserpfad

(Dipl.-Biol. Sabine Thaler)

Schnell, umfassend ohne Dunkelziffer, kontinuierlich auch an Wochenenden und Feiertagen – die Vorteile des Coronamonitorings über den Abwasserpfad sind seit langem bekannt. Ein weiteres Plus, das sich aktuell immer deutlicher abzeichnet: die Früh-

erkennung von Mutationen. Dies gilt besonders für den gezielten Nachweis neuer Varianten im heimischen Abwasser und für die Verfolgung ihrer Verbreitung. Viele Vorteile, aber immer noch kein flächendeckendes System. Die Abwasserwirtschaft steht bereit. Es fehlt aber nach wie vor ein konkreter Handlungsauftrag von Bund oder Ländern sowie die Finanzierung. Über die Abwassergebühren darf das Coronamonitoring nach der aktuellen Rechtslage nicht finanziert werden.

KOPO 1/Seite 17ff.

Warum schließen, wenn man (noch) umwandeln kann? (Prof. Dr. Boris Augurzky)

Kleine Krankenhäuser der Grundversorgung stehen vor schier unüberwindbaren Herausforderungen: Sie bekommen nur noch wenige Fälle, schreiben Verluste und finden kaum Personal. Eine Studie der Stiftung Münch zeigt: Noch gibt es Perspektiven für diese Häuser. Doch dazu müssen sie sich neu erfinden.

KOPO 1/Seite 40ff.

Gesundheitsdaten besser nutzen (Prof. Dr. Ralf Kindervater)

In der Medizin entstehen durch die Digitalisierung und die Auswertung von Gesundheitsdaten Chancen für ganz neue Diagnose- und Behandlungsmethoden – auch für schwere Erkrankungen wie Krebs. Um diese Chancen zu nutzen und gleichzeitig den Datenschutz zu berücksichtigen, braucht es nicht nur die entsprechenden Technologien, sondern auch adäquate Gesetze und Vorgaben.

KOPO 12/Seite 26f.

Wo bleibt in der Pflege der „Doppelwumms“? (Sepp Müller)

Schon heute fehlen tausende Pflegekräfte. Stellen können nicht besetzt werden, die verbliebenen Mitarbeiter leisten Überstunden und die Qualität leidet. Die Situation wird sich weiter verschärfen: Bereits 2040 könnte es über sechs Millionen Pflegebedürftige geben, während gleichzeitig rund 225.000 Stellen in der Pflege unbesetzt sein werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb ein umfassendes Positionspapier zur Pflege vorgelegt.

KOPO 12/Seite 28f.

Vorschaltgesetz für die Krankenhausreform (Tino Sorge)

Vor einem Jahr, am Nikolaustag 2022, kündigte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die „Revolution“ im System der Krankenhäuser an – eine Reform mit dem Ziel, den unbestrittenen Erneuerungsbedarf in der deutschen Kliniklandschaft in Angriff zu nehmen. Ein Jahr danach ist klar: Die Reform droht, so wichtig sie auch wäre, zu scheitern.

KOPO 12/Seite 30f.

Infrastruktur

Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum! (Jürgen Leindecker)

Die Ideen der Politik, die Planung der Fachleute und schließlich die kompetente Ausführung der Planung geraten immer mehr aus den Fugen. Wen wundert es da, dass Großprojekte wie der Flughafen BER, Stuttgart 21 oder der zweite City-Tunnel in München zuneh-

mend zum Fiasko werden. Klar - BER läuft mittlerweile, aber ein Glanzstück von Architektur, Landschaftsplanung und Funktionalität ist der Flughafen im Südosten von Berlin gerade nicht. Auch Teile von Stuttgart 21 sind jetzt schon in Betrieb genommen, aber das Ende der Baustelle ist noch immer nicht in Sicht. Ein Problem aufriss anhand eines konkreten Beispiels: Der Fall ist nicht einzigartig, aber symptomatisch für Politik, Planung und Bauausführung. KOPO 7/Seite 40f.

Logistik

Grüner Wasserstoff im ländlichen Raum (Prof. Dr. Jens Hujer, Timo Stöhr)

Grüner Wasserstoff gilt als Hoffnungsträger, um die Logistikbranche klimaneutral aufzustellen. Einsatzmöglichkeiten liegen im Schwerlastverkehr sowie bei Gabelstaplern und anderen Flurförderzeugen. Der ländliche Raum wird in den Plänen zum Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur oftmals vernachlässigt – zu Unrecht. Der Artikel fasst die Ergebnisse der Studie „Die Ländliche Region als Treiber für die Umsetzung von Wasserstoffanwendungen durch innovative Ansätze in der Logistik“ zusammen, die von der Hochschule Heilbronn und dem Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO durchgeführt wurde.

KOPO 11/Seite 32f.

Nahversorgung als Teil der Daseinsvorsorge (Andrea Winter)

Pandemie und Krieg zeigen uns auf: Die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts ist verletzlich. Die Globalisierung ist unumkehrbar. Weite Wege vom Erzeuger zum Verbraucher bestimmen einen hohen Anteil weltweiten Handelns, aber gleichzeitig wird klar, dass starke Regionen mit starken Kommunen als dezentrale Grundelemente einer demokratischen, wirtschaftlich und gesellschaftlich stabilen Weltgemeinschaft unverzichtbar sind für die Versorgungssicherheit und Resilienz. Welchen Beitrag leisten die REGIOApp oder die REGIOlogistik-Datenbank, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen?

KOPO 11/Seite 34f.

Innovative Lösungsansätze für Diesel im Bestand (Stefan Lefarth)

HJS präsentiert die nächste verbesserte Generation modularer Systeme zur Reduktion von Emissionen in Bestandsfahrzeugen. Die Entwicklung wurde gefördert durch das BMDV. Der Fokus liegt auf der Nachrüstung von Diesel-Nutzfahrzeugen im gewerblichen und kommunalen Einsatz, die noch länger im Bestand verbleiben. Die Systeme stellen eine Brückentechnologie dar, die die Weiternutzung von älteren Bestandsfahrzeugen ermöglicht und dennoch die Schadstoffbelastung senkt.

KOPO 6/Seite 32f.

KPV

Pflichtenheft 2023: Innovative Kommunalpolitik (Christian Haase)

Unser Ziel ist es, mit innovativer Kommunalpolitik eine breite positive Verankerung der Union in der Gesellschaft zu bewirken: Über die

Rathäuser zu neuen Mehrheiten im Bund und den Ländern. In Berlin findet im Februar die Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus statt. Im Mai werden die Bürger in Bremen und Schleswig-Holstein an die Urnen gerufen. Und schließlich finden im Herbst Landtagswahlen in Bayern und Hessen statt. Unsere Kommunalpolitiker sind Gesicht und Stimme der Union vor Ort. Mit mehr Gestaltungsfreiheit und Zutrauen für diese Arbeit durch die Länder und den Bund lassen sich mehr Menschen gewinnen und begeistern. Aber auch vor Ort müssen Verfahren verschlankt und für eine bessere Unterstützung des kommunalpolitischen Ehrenamtes gesorgt werden.

KOPO 1/Seite 10ff.

Kommunaler Erfolg im neuen Grundsatzprogramm der CSU!

(Stefan Rößle)

Das neue Grundsatzprogramm der CSU kann sich sehen lassen! Es beinhaltet ein klares Bekenntnis zur kommunalen Ebene sowie einen starken Rückhalt für die Arbeit unserer bayerischen Kommunalpolitiker. Es ist ein Erfolg unserer KPVP!

KOPO 7/Seite 36f.

Darum: Grundsätzlich kommunal

(Christian Haase)

Unter dem Motto „Grundsätzlich kommunal.“ fand unser diesjähriger Kongress-kommunal am 24. und 25. November in Kassel statt. Mit rund 500 Teilnehmern aus Politik, Kommunalwirtschaft und Verbänden war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Nicht umsonst gilt die traditionsreiche Veranstaltung als Familientreffen der Kommunalen.

KOPO 12/Seite 12ff.

Mobilität/ÖPNV

Ärgernis E-Tretroller: Ein Ausweg für Städte

(Uta Bauer)

Ausdruck von Bewegungsfreiheit für die einen, ärgerliche Stolperfälle für die anderen: Die sichtbaren Folgen der E-Tretroller Verleihangebote befeuern die Diskussion um neue Mobilitätsangebote in Kommunen. Denn mit der Zulassung der E-Tretroller vor drei Jahren war und ist die Hoffnung verbunden, dass sie als ein Baustein multimodaler Mobilität einen Beitrag zur angestrebten Verkehrswende leisten, insbesondere dann, wenn Pkw-Fahrten substituiert werden.

KOPO 2/Seite 36f.

49-Euro-Ticket: Warum die Revolution zu scheitern droht

(Michael Donth)

Als der Bundestag am 9. Februar in 1. Lesung über die Einführung des 49-Euro-Tickets beriet („Neunte Änderung des Regionalisierungsgesetzes“), übertrafen sich die Vertreter der Ampelregierung gegenseitig mit Superlativen. Es war von einem „historischen Tag“ und der „größten Revolution“ im ÖPNV „seit Gründung der Bundesrepublik“ die Rede. Unterdessen gleicht die Stimmung dort, wo das Ticket tatsächlich umgesetzt werden soll – bei Ländern und Kommunen, Verbänden und Unternehmen – eher einer Katerstimmung.

KOPO 3/Seite 12f.

Mit erneuerbarem Diesel Klimaziele erreichen

(Jörg Hübeler)

Der Handlungsdruck, Fortschritte im Klimaschutz zu erreichen, ist groß. Kommunen spüren die Veränderungen durch den Klimawandel hautnah – gleichzeitig spielen sie eine zentrale Rolle dabei, die Weichen auf lokaler Ebene schnellstmöglich in Richtung Klimaneutralität umzustellen.

KOPO 3/Seite 19

Elektromobilität muss in der Fläche ankommen

(Dr. Uwe Brandl)

Ab 2035 sollen in Deutschland nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden und bereits 2030 15 Millionen Elektro-Pkw auf deutschen Straßen verkehren. Diese Ziele der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag sind ambitioniert, für eine Autonation wie die Bundesrepublik aber richtig, wenngleich auch alternative Antriebstechniken konsequent weiterzuentwickeln sind. Denn die Devise muss lauten, mit dem Technologiewettbewerb Schritt zu halten und die Klimaziele erreichen zu können.

KOPO 3/Seite 20ff.

Ein Masterplan für mehr Ladeninfrastruktur vor Ort

(Johannes Pallasch)

Die Kommunen nehmen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur eine zentrale Rolle ein. Sie haben entscheidende Hebel in der Hand, um einen bedarfsgerechten Aufbau anzustoßen. Der Bund unterstützt das Engagement vor Ort auch im Rahmen des Masterplans Ladeinfrastruktur II und mit der digitalen Toolbox der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur.

KOPO 3/Seite 24f.

E-Mobilität gemeinsam zum Erfolg führen

(Hildegard Müller)

Die deutsche Automobilindustrie steht aus voller Überzeugung zu den Klimazielen von Paris. Wir wollen klimaneutrale Mobilität schnellstmöglich realisieren – in der EU spätestens bis zum Jahr 2050. Dafür investieren die Hersteller und Zulieferer allein bis 2026 rund 220 Milliarden in Forschung und Entwicklung. Sie bauen zusätzlich bis 2030 für mehr als 100 Milliarden Euro ihre Werke um – ein finanzieller Kraftakt in wirtschaftlich angespannten Zeiten.

KOPO 3/Seite 26f.

Elektromobilität für eine erfolgreiche Energiewende

(Ludwin Monz)

Die Elektrifizierung von Verkehr und Heizungen ist unumgänglich, um die Klimaziele zu erreichen. Nötig ist für beide eine intelligente Stromsteuerung im Haus, fordert Ludwin Monz.

KOPO 3/Seite 28f.

Ladeinfrastruktur: Vorlage Wiesbaden

(Martin Huber & Johannes Bracke)

Städte und Kommunen stehen vor der enormen Herausforderung, ihre Infrastruktur für den Markthochlauf der E-Mobilität fit zu machen – schließlich werden ab 2035 in Deutschland keine Verbrenner-Fahrzeuge mehr zugelassen. Die Stadt Wiesbaden hat deshalb gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE ein Konzept zum Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur in der hessischen Landeshauptstadt erarbeitet. Darauf aufbauend ist ein Leitfaden entstanden, der anderen Städten und Kommunen als Kompass bei ihren Vorhaben dienen kann.

KOPO 3/Seite 30f.

Interview: Wir brauchen alle klimafreundlichen Technologien
(Ralf Diemer)

Das Aus für den Verbrenner in der EU ist besiegelt. Ab 2035 dürfen nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Verkehr gebracht werden. Für bereits zugelassene Fahrzeuge gilt Bestandsschutz. Und auch Gebrauchtwagen dürfen weiterhin verkauft werden. Während die notwendigen Weichenstellungen für den Markthochlauf der E-Mobilität intensiv diskutiert werden, führen eFuels ein Nischendasein. Mit eFuels sind synthetische mit Hilfe von erneuerbarem Strom hergestellte Kraftstoffe gemeint. Wir haben mit Ralf Diemer, Geschäftsführer der eFuel-Alliance gesprochen, welche Rolle synthetische Kraftstoffe in Zukunft spielen können.
KOPO 3/Seite 40ff.

Innovative Lösungsansätze für Diesel im Bestand
(Stefan Lefarth)

HJS präsentiert die nächste verbesserte Generation modularer Systeme zur Reduktion von Emissionen in Bestandsfahrzeugen. Die Entwicklung wurde gefördert durch das BMDV. Der Fokus liegt auf der Nachrüstung von Diesel-Nutzfahrzeugen im gewerblichen und kommunalen Einsatz, die noch länger im Bestand verbleiben. Die Systeme stellen eine Brückentechnologie dar, die die Weiterentwicklung von älteren Bestandsfahrzeugen ermöglicht und dennoch die Schadstoffbelastung senkt.
KOPO 6/Seite 32f.

Kein Science Fiction – autonome Sammelverkehre
(Christian Haase)

Auf dem Land ist das Auto immer noch Verkehrsmittel Nummer eins. Hier fahren Bus und Bahn nur selten. Und die Diskussion dreht sich im Kreis: Das Angebot muss besser werden, dann lassen auch mehr Menschen das Auto stehen. Aber: Sinkende Einwohnerzahlen machen das ÖPNV-Angebot unwirtschaftlich. Ein Ausweg könnten autonom fahrende Fahrzeuge im Sammelbetrieb sein. Klingt nach Science Fiction? Nicht ganz, in Paderborn wird daran intensiv gearbeitet.
KOPO 10/Seite 12f.

„LieblingsbusfahrerIn 2023: Sie halten Deutschland mobil“

(Werner Overkamp)
Bei dem deutschlandweiten, vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gemeinsam mit DB Regio, Pro Bahn und BDO initiierten Wettbewerb hatten die Fahrgäste über den Sommer Zeit, auf lieblingsbusfahrerIn.de ihre Fahrerin oder ihren Fahrer mit einer Bus-Geschichte zu nominieren. Die Resonanz war überwältigend: Mehr als 2.300 Einsendungen erreichten die vielfältig besetzte Jury bis Ende Juni. Nun wurden die vier Ausgezeichneten auf dem Branchenevent Zukunft Nahverkehr in Berlin geehrt.
KOPO 10/Seite 14f.

VRR-Nahverkehrsplan 2025: Die Verkehrswende gestalten
(Gabriele Matz)

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Mobilität haben sich in den letzten Jahren massiv gewandelt. Um die Verkehrswende weiter voranzutreiben, den Klimaschutz zu fördern und den Mobilitätswünschen der Menschen Rechnung zu tragen, müssen Nahverkehrsakteure diesem Wandel gerecht werden und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für die Zukunft rüsten. Der

Nahverkehrsplan 2025 des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Denn in ihm definiert der VRR ganz konkret, wie sich der ÖPNV in seinem Verbundraum kurz- bis langfristig weiterentwickeln muss, um mehr Menschen in Ballungszentren und im ländlichen Raum für den ÖPNV zu gewinnen und letztlich diese umwelt- und klimafreundliche Mobilität weiter zu fördern.
KOPO 10/Seite 22f.

Die deutsche Reichweiten-Angst
(Jasmin Herbell)

Das ewige Henne-Ei-Problem: Muss die Versorgung mit öffentlichen Ladepunkten erst besser werden, bevor sich mehr Menschen für ein E-Auto entscheiden? Oder braucht es ein breites Angebot auch an finanziell attraktiven E-Autos, um die Verbraucher zu überzeugen?
KOPO 10/Seite 24

Aufbau und Betrieb öffentlicher Ladepunkte

Die Rufe nach mehr Ladeinfrastruktur für die in Deutschland angestrebte Mobilitätswende kommen von allen Seiten auf Kommunen zu, oft von Gruppen, denen die damit verbundenen Herausforderungen kaum bewusst sind. Doch es gibt unkomplizierte Lösungen.
KOPO 10/Seite 25

Private Pkw als öffentliche Verkehrsmittel
(Lisa Schultheis)

Zunehmende Pendlerströme, eine unterschiedliche Mobilitätsversorgung zwischen Stadt und Land sowie die Klima- und Energiekrise stellen Kommunen und den öffentlichen Nahverkehr vor große Herausforderungen. Die Stadtwerke Bonn haben dafür eine Lösung – sie integrieren digitale Fahrgemeinschaften in ihr Verkehrsnetz.
KOPO 10/Seite 26

Aus für „Wissing-Ticket“?
(Dr. Markus Brohm)

Nachdem das Deutschlandticket zum 1.5.2023 gestartet ist, ist seine Finanzierung weiterhin nicht gesichert, ebenso wenig wie die Sicherung des Bestandsangebots oder ein weiterer Ausbau des ÖPNV.
KOPO 10/Seite 28ff.

NRW.Mobidrom berät Kommunen
(Dr. Julian Tenorth & Stefanie Rupp)

Die Welt der Mobilität ist bunt geworden: Wir alle nutzen im Alltag unterschiedliche Verkehrsangebote, um individuell von einem Ort zum anderen zu gelangen. Viele werden auf kommunaler Ebene bereitgestellt – neue Angebote wie Bike- und Car-Sharing oder On-Demand-Verkehre erweitern hier zunehmend das Angebot von Bussen und Bahnen, den „Klassikern“ im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
KOPO 10/Seite 32f.

Mit der Bahn zur Mobilitätswende
(Sabine Verheyen)

Die Klimaneutralität in der Europäischen Union bis 2050 ist das erklärte Ziel. Dies erfordert drastische Veränderungen, insbesondere im Bereich der Mobilität. Der Verkehrssektor ist für rund 20

Prozent der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich und macht damit einen entscheidenden Unterschied bei der Erreichung des Ziels. Es ist daher unerlässlich, dass wir unsere Mobilität grundlegend überdenken und umgestalten.

KOPO 10/Seite 38f.

Angebote klimafreundlicher Mobilität durch Bike+Ride (Marco Ladenthin)

Die klimapolitischen Ambitionen sind hoch und das Wort Verkehrswende ist seit einiger Zeit in aller Munde. Das gilt gleichermaßen für Bund, Länder und Gemeinden. Neben dem Ausbau klimafreundlicher Verkehrsträger ist ihre bessere Verknüpfung ein probates Mittel, das in vielen Regionen sein Potential noch lange nicht ausgeschöpft hat. So sollen in den kommenden Jahren an den Bahnhöfen viele tausend zusätzliche Fahrradstellplätze geschaffen werden und damit die kombinierte Nutzung von Fahrrad und Bahn attraktiver gemacht werden.

KOPO 10/Seite 40f.

Licht und Schatten beim Mobilitätsdatengesetz (Dr. Jonas Geissler)

Ein Mobilitätsdatengesetz für Deutschland? Was zunächst wie der große Wurf klingt, kann schnell zum Rohrkrepieler werden. Im Ampel-Koalitionsvertrag war die Ankündigung noch sehr klar: Es werde ein Mobilitätsdatengesetz geben. Freie Zugänglichkeit von Verkehrsdaten sollte sichergestellt werden. Und es sollte ein Treuhändler-Modell für Fahrzeugdaten geben.

KOPO 10/Seite 42f.

Erfolgsmodell On-Demand-Verkehr (Rainer Doetkotte)

Ein moderner, flexibler Stadtverkehr innerhalb Gronaus war die Aufgabe, als deutlich wurde, dass der Stadtbus-Verkehr nicht mehr das richtige Angebot für die rund 50.000 Einwohner der Grenzstadt im Regierungsbezirk Münster war. Daraus entwickelte sich die Idee des so genannten On-Demand-Verkehrs, also ein Angebot auf Nachfrage. Projektstart des hieraus entstandenen G-Mobils war der 1. Juni 2021, welches den Stadtbus komplett ersetzt hat.

KOPO 10/Seite 44f.

Innovativ, ländlich, emissionsfrei und 24/7 (Petra Nicolaisen)

Neue Mobilitätsangebote und mehr Qualität bei den Öffis: Damit sollen die Menschen im ländlichen Raum entlang der Schlei überzeugt werden, das Auto auch einmal stehen zu lassen. Der Projektname SMILE24 steht dabei für Schlei-Mobilität: innovativ, ländlich, emissionsfrei und 24/7. Das Projekt wird mit knapp 30 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert.

KOPO 11/ Seite 44f.

Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit

Abgabe auf Einwegplastik (Bernd Düsterdiek)

Das Bundeskabinett hat am 02.11.2022 den Entwurf für ein Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG) beschlossen. Das Gesetz dient der Umsetzung der sog. EU-Einwegkunststoffrichtlinie. Auf

der Grundlage eines Aktionsplans und einer Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft hatte die Europäische Union bereits am 05.06.2019 die Richtlinie (EU) 2019/904 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt erlassen. Diese sieht zahlreiche Maßnahmen vor, um den Verbrauch von bestimmten Einwegkunststoffprodukten zu reduzieren, das achtlose Wegwerfen von Abfällen in die Umwelt zu begrenzen und die Ressource Kunststoff besser zu bewirtschaften. Entsprechend den Vorgaben der Richtlinie wurden daher bereits verschiedene gesetzliche und nicht gesetzliche Maßnahmen in Deutschland implementiert.

KOPO 1/Seite 30f.

Weniger Rohstoffe durch Abfallmanagement (Marion Walsmann)

Weniger Müll, mehr Recycling: Die Pläne der EU zur Kreislaufwirtschaft der Zukunft nehmen konkrete Gestalt an. Auch Textil- und Verpackungsabfälle stehen dabei im Fokus.

KOPO 4/Seite 42f.

Nächtliche Beleuchtung – weniger kann mehr sein! (Dr. Astrid Mannes)

Spricht man Kommunalpolitiker auf das Thema Lichtverschmutzung an, erlebt man häufig große Vorbehalte. Aussagen wie „Willst Du die Menschen nachts im Stockdunkeln laufen lassen?“ „Die Union steht für Innere Sicherheit, da können wir doch nicht wollen, dass mehr eingebrochen wird“ oder „Mit dem Thema sollen sich doch die Grünen unbeliebt machen“ schlagen einem dann entgegen. Schade! Denn diese Äußerungen zeigen, dass sich viele mit diesem Thema noch nicht befasst haben und von Vorurteilen leiten lassen, die den Realitäten nicht standhalten.

KOPO 4/Seite 44ff.

Nein zum Nationalpark Egge (Christian Haase)

NRW soll einen zweiten Nationalpark bekommen. So steht es im Koalitionsvertrag der Landesregierung. Naturschutzverbände haben als möglichen Standort das Eggegebirge in der Nähe von Paderborn in die öffentliche Diskussion eingebracht. Die CDU im Kreis Höxter hat sich nach intensiver Diskussion dagegen entschieden. Warum?

KOPO 9/Seite 12f.

Interview: Licht und Schatten der EU-Kommunalabwasserrichtlinie

(Prof. Uli Paetzel)

Die aktuelle EU-Kommunalabwasserrichtlinie stammt noch aus dem Jahr 1991 – und somit aus einer Zeit lange vor dem Green Deal. Nun hat die EU-Kommission einen Novellierungsentwurf vorgelegt. Ziel ist es, die Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden in das Wasserrecht zu integrieren. Zentrale Bausteine des Novellierungsentwurfs sind die weitergehende Abwasserbehandlung für anthropogene Spurenstoffe, die erweiterte Herstellerverantwortung in den Bereichen Humanarzneimittel und Kosmetika, aber auch die langfristige Klimaneutralität von Kläranlagen sowie die Erstellung von Abwasserbewirtschaftungsplänen. Wir haben mit Prof. Paetzel, Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall gesprochen, welche Folgen die Richtlinie für die kommunalen Klärwerke beinhaltet.

KOPO 6/Seite 21ff.

Mikroschadstoffe im Abwasser reduzieren*(Tina Vollerthun)*

Unter Federführung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) und mit Partnern aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Rheinland-Pfalz lief das grenzüberschreitende Projekt CoMinGreat (auf Deutsch: Konzeption einer Mikroschadstoff-Plattform für die Großregion). Das Projekt dient der Sammlung und Abstimmung von Wissen zur Entfernung von Mikroschadstoffen aus dem Abwasser. KOPO 9/Seite 32f.

Das ist die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie*(Alexander Kramer)*

Zur Förderung der Kreislaufwirtschaft hat die Bundesregierung die Erstellung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) als zentralen Punkt des Koalitionsvertrages im Abfallbereich herausgearbeitet. Mit der Strategie wird die Transformation zu einer zirkulären und klimaneutralen Wirtschaft angestrebt. Dabei soll die NKWS zum einen ihren Beitrag zur Reduzierung der Umweltbelastung, zum Schutz der Biodiversität und zum Klimaschutz und zum anderen zu einer sicheren Rohstoffversorgung leisten.

KOPO 9/Seite 34f.

Kreislauffähiges Bauen*(Marcel Özer)*

Wälder, Seen, Bodenschätze: Was den Ressourcenverbrauch angeht, gehört Deutschland zu den Top 5 Ländern weltweit. Einen Löwenanteil daran hat die Bau- und Immobilienbranche, die in Europa fast die Hälfte aller Rohstoffe verbraucht. Recycelt wird davon bisher nur ein Bruchteil. Eine zukunftsfähige Lösung für dieses Problem bietet eine konsequente Kreislaufwirtschaft nach dem Cradle to Cradle-Designprinzip, kurz C2C. Projekte wie das Feuerwehrhaus Straubenhardt und das Bürogebäude The Cradle in Düsseldorf zeigen bereits vorbildhaft, wie das kreislauffähige Bauen in der Praxis aussehen kann.

KOPO 9/Seite 36f.

Modellprojekt „Global nachhaltige Kommune“*(Veerle Buytaert)*

„Global denken, lokal handeln“ lautet das Motto der Agenda 21 der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung. Auch die Stadt Ravensburg sieht sich seit vielen Jahren dem Motto verpflichtet. Denn es ist unsere Aufgabe, die Lebensqualität in unserer Stadt langfristig sicherzustellen, aber auch globale Verantwortung zu übernehmen.

KOPO 9/Seite 38f.

Wie Recycling den Geldbeutel schont

Wie moderne Abfallwirtschaft Umwelt und Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig schont und so die Bürgerzufriedenheit steigert.

KOPO 10/Seite 16f.

Nachhaltige Raumsysteme für eine grünere Zukunft

KOPO 10/Seite 27

Kreislaufwirtschaft in Stuttgart*(Florian Sorg)*

Ressourcen sind kostbar. Wir brauchen sie für unsere Smartphones und Laptops, um Häuser zu bauen, Autos zu produzieren und

Solaranlagen zu bauen. Wir sollten daher sorgfältig mit ihnen umgehen. Das Ziel der Kreislaufwirtschaft ist es, Produkte und Infrastrukturen so lange wie möglich zu nutzen. Sie produziert keinen Müll, sondern dauerhafte Werte.

KOPO 12/Seite 23ff.

Personal**Fachkräftemangel: Was tun gegen Verwaltung a.D.?***(Markus Klaus)*

Auch die Kommunen stehen im Wettbewerb um Fachkräfte. Personalmangel und Digitalisierungstau gefährden die Qualität der Daseinsvorsorge. Höchste Zeit zu handeln, fordert Ulrich Silberbach, Chef des Deutschen Beamtenbundes. Andernfalls drohen die vom Staat beschlossenen Hilfspakete und Unterstützungsleistungen nicht rechtzeitig bei den Empfängern anzukommen.

KOPO 2/Seite 17ff.

Gesucht: viel Personal und einen Liebling am Lenkrad*(Werner Overkamp)*

Ein Bonmot macht die Runde. Nämlich, dass wir als Bus- und Bahn-Unternehmen in Deutschland bereits in wenigen Jahren auf die Personalsituation des Jahres 2023 schauen werden und feststellen, dass „das noch die guten Jahre waren“, so VDV-Vizepräsident Werner Overkamp. Dabei ist die Lage bereits heute angespannt.

KOPO 3/Seite 14f.

Partnerschaft gegen Fachkräftemangel

Der Personalmangel im Nahverkehr führt in vielen Regionen dazu, dass Busfahrten ausfallen oder Fahrpläne ausgedünnt werden müssen. Am Niederrhein zeigt eine Partnerschaft zwischen mehreren Kommunen und Landkreisen mit einem privaten Unternehmen Lösungswege auf.

KOPO 9/Seite 26

Interview: Fachkräfte gesucht: Damit es vor Ort läuft*(Ingbert Liebing & Karin Pfäffle)*

„KOMMUNAL KANN“ heißt die neue bundesweite Arbeitgeber-Initiative des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), die am 7. September an den Start gegangen ist. Das Ziel: Kommunale Unternehmen als attraktive Arbeitgeber sichtbar zu machen. Interview mit Karin Pfäffle, Vorsitzende des VKU-Ausschusses Personal, und VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

KOPO 10/Seite 34ff.

Recht**Addition von Planungsleistungen***(Dr. Desiree Jung & Lennart Kolkmann)*

Am 16. Juni hat der Bundesrat die Änderung des § 3 Abs. 7 S. 2 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) beschlossen. Damit müssen auch kleinere Planungsleistungen europaweit ausgeschrieben werden. Ein Leitfadens für die kommunale Praxis.

KOPO 7/Seite 26f.

Wenn Ämterpatronage strafbar wird...

(Philipp Butler, Johannes Wiegelmann)

Das Phänomen Ämterpatronage ist ein Thema – auch der Strafjustiz. Dabei lässt ein Blick in die Verfassung zunächst hoffen, dass es das Problem gar nicht gibt. In Art. 33 Abs. 2 GG heißt es, dass jeder Deutsche „nach seiner Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“ hat. Einfachgesetzlich ist das Prinzip der Bestenauslese und das Leistungsprinzip in den Landesbeamtenengesetzen und im Bundesbeamtenengesetz verankert. Eine juristische Einführung.

KOPO 11/Seite 38f.

Wissen was Recht ist!

Januar: Zur Reichweite des Neutralitätsgebotes von (Ober-) Bürgermeister*innen im Gemeinderat

Februar: Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit kommunaler Amtsblätter und Online-Portale

März: Sonderbeitragsentwürfe von kommunalen Amts- und Mandatsträgern durch politische Parteien rechtmäßig

April: Zur Relevanz von Wahlfehlern bei Bürgermeister- und Landratswahlen

Mai: Zur themenbezogenen Widmungsbeschränkung kommunaler öffentlicher Einrichtungen

Juni: Der Fraktions- und Parteiausschluss in der kommunalen Praxis

Juli: Bundesverwaltungsgericht: Tübinger Verpackungssteuersatzung rechtmäßig

September: Grundsteuerreform auf gutem Weg

Oktober: Zur Durchführung von Beigeordneten-Wahlen

November: Zum amtsbezogenen zulässigen Verhalten eines Bürgermeisters im Kommunalwahlverfahren

Dezember: Zur Verkehrssicherungspflicht von Bürgermeistern

Sicherheit und Katastrophenschutz

Forderungen an den Zivil- und Katastrophenschutz

(Dr. André Berghegger)

Nachdem der vorherige Warntag im September 2020 deutliche Schwächen aufgezeigt hat, waren die Erwartungen an den am 8. Dezember 2022 durchgeführten bundesweiten Warntag groß. Das galt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage.

KOPO 2/Seite 14ff.

Cybersicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe

(Josef Oster)

Die Zahl der Cyberangriffe auf Unternehmen und auf staatliche Institutionen wächst. Zunehmend sind davon auch Kommunen betroffen. Die Angriffe werden ausgefeilter und gehen zunehmend mit Erpressung, Desinformation, Betrug oder Beleidigung einher. Immer wieder haben sie erhebliche Auswirkungen auf die staatliche Daseinsvorsorge und verursachen teilweise immense Beeinträchtigungen. Den Kommunen kommt dabei als Stabilitätsanker vor Ort in weltpolitisch unruhigen Zeiten eine besondere Bedeutung zu.

KOPO 2/Seite 20f.

Cyber-Versicherung für Kommunen

(Wolfgang Schwade & Simon Kriele)

Laut dem Jahresbericht 2022 zur Lage der IT-Sicherheit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) spitzt sich die Cyber-Gefährdungslage auch für Kommunen und kommunale Unternehmen weiter zu. Denn die Arbeitsabläufe von Kommunalverwaltungen sind längst durch Digitalisierung und Vernetzung geprägt. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat hier zu einer weiteren Beschleunigung geführt. Die Kehrseite dieser technischen Errungenschaften ist eine zunehmende Verwundbarkeit der kommunalen IT-Landschaft.

KOPO 2/Seite 22f.

Starkregen: Landkreis Calw betreibt Vorsorge

(Landratsamt Calw)

Vollgelaufene Keller, überflutete Straßen, Hauseinstürze – die Überschwemmungen im Juli 2021 im Ahrtal haben gezeigt, welche dramatischen Auswirkungen Extremwetterereignisse haben können. Schäden und Überflutungen durch Hochwasser und Starkregen können jeden treffen und grundsätzlich überall auftreten. Der Landkreis Calw nimmt die Risiken ernst und setzt sich für Maßnahmen zur Reduzierung möglicher Folgeschäden ein.

KOPO 2/Seite 30f.

Krisenmanagement: Wir denken vor

(Thomas Strobl)

Aktuell befinden wir uns in einem Zeitalter multipler Krisen. Der Krieg in der Ukraine, Cyberangriffe, Flut und Starkregenereignisse und eine Gasmangellage zeigen: Wir sind verwundbar, unsere Infrastruktur ist verwundbar. Auch im sogenannten „worst case“ müssen wir handlungsfähig bleiben. Auf dieses Schutzversprechen vertrauen unsere Bürgerinnen und Bürger. Und sie haben ein Anrecht darauf.

KOPO 2/Seite 24f.

Versicherungsschutz gegen Klimawandel

(Dr. Thomas Bielefeld)

Der Klimawandel ist nicht mehr zu leugnen und wird mehr oder weniger jeden berühren – und somit auch die deutschen Kommunalversicherer. Was bedeutet der Klimawandel nun für diese, wie bereiten sie sich darauf vor und was können sie den kommunalen Kunden anbieten, um gemeinsam die sich stellenden Herausforderungen zu meistern?

KOPO 2/Seite 28f.

Kommunen: Gefahren, Krisen, Katastrophen

(Elisa Schellenberger)

Großbrände, Starkregenereignisse oder Hochwasser, pandemische Lagen, längere Unterbrechungen der Energie- und Wasserversorgung oder Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen – die

Bedrohungsszenarien sind heute vielfältiger denn je. Im Ernstfall kommt es darauf an, dass die Rettungsorganisationen vor Ort personell und finanziell gut ausgestattet sind, es trainierte Stäbe und detaillierte Pläne für das Management der jeweiligen Situation gibt und die verschiedenen Akteure gut verzahnt miteinander funktionieren. Das stellt neben dem Bund und den Ländern gerade auch die Kommunen als untere Ebene der Gefahrenabwehr vor große Aufgaben. Diese nahm das KPV Bildungswerk Niedersachsen in seiner Kommunalwerkstatt „Gefahren, Krisen, Katastrophen: Herausforderungen für unsere Kommunen“ am 22. April in Barsinghausen in den Blick.

KOPO 6/Seite 42f.

Sicherheitswirtschaft: vielfältig und hochwertig

(Klaus Dieter Reichardt)

Das „Jahrbuch der deutschen Sicherheitswirtschaft 2022“ behandelt in 28 Fachartikeln kompetenter Autoren auf 362 Textseiten einschließlich Literaturhinweisen „Die Rolle der Sicherheitswirtschaft in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands“ (ISBN 978-3-00-073594-3). Herausgeber und Autoren gelang zur deutschen wie auch zur internationalen Aufgabenstellung jetzt und in naher Zukunft ein wegweisendes Kompendium.

KOPO 7/Seite 42f.

Soziales

Housing First – ein neuer Ansatz für Obdachlose

(Michael Löher & Dr. Rolf Jordan)

Housing First wird mittlerweile auch in Deutschland als wichtiger neuer Ansatz in den Wohnungsnotfallhilfen wahrgenommen. Neben entsprechenden Entwicklungen auf kommunaler und Landesebene gewinnt Housing First auch bundespolitisch zunehmend an Bedeutung. Der im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungskoalition vereinbarte Nationale Aktionsplan hat zum Ziel, bis 2030 Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden und hebt den Housing First-Ansatz hervor.

KOPO 1/Seite 26ff.

Gemeinschaftsverpflegung an Schulen und Kitas

(Marion Walsmann)

Alles wird teurer, auch die Gemeinschaftsverpflegung an Schulen und Kitas. Doch wie lässt sich verhindern, dass gerade Kinder aus ärmeren Familien von der Teilhabe an einem gesunden Mittagessen ausgeschlossen werden?

KOPO 2/Seite 38f.

Ein Dienst für Land und Menschen

(Christian Haase)

Im Juni 2022 warb Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für eine soziale Pflichtzeit. Nach harscher Kritik bekräftigte er Ende des Jahres seine Idee. Die soziale Pflichtzeit richte sich auch an ältere Menschen und wäre geeignet, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, so Steinmeier. Nun hat auch der neue Bundesverteidigungsminister die Idee des „Dienstjahrs“ als „wertvoll“ gelobt. Wir Kommunalen haben bereits 2018 einen Beschluss für eine allgemeine Dienstpflicht verabschiedet. Warum es mehr denn je einen solchen Dienst für Land und Menschen braucht.

KOPO 3/Seite 10f.

Nichtinvestive Maßnahmen für lebenswerte Quartiere

(Nicole Razavi)

Das Land Baden-Württemberg sieht ein hohes Potenzial bei nichtinvestiven Maßnahmen für lebenswerte Quartiere und eine erfolgreiche Stadtentwicklung, weshalb es das eigene Landesprogramm der nichtinvestiven Städtebauförderung (NIS) jährlich neu ausschreibt.

KOPO 6/Seite 24f.

Ideen für die Zukunft der Kinderbetreuung

(Julia Braune)

Dramatischer Personalmangel, tausende fehlende Kita-Plätze, verkürzte Öffnungszeiten – die Negativ-Schlagzeilen rund um die Kinderbetreuung hören nicht auf. Es wird Zeit, die Spirale zu durchbrechen und die Chancen dieser Krise zu nutzen. Der Städtetag zeigt konkrete Lösungsideen auf, um ins Handeln zu kommen.

KOPO 6/Seite 40f.

Gewalt gegen Frauen

(Marion Walsmann)

Nach sechs Jahren Gerangel hat die EU endlich die Istanbul-Konvention ratifiziert. Zurücklehnen können wir uns deshalb aber noch lange nicht. Der Vertrag aus dem Jahr 2011, der bisher von 45 Ländern unterzeichnet wurde, ist das erste rechtsverbindliche Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf internationaler Ebene. Es verlangt von den Regierungen, Gesetze zur Strafverfolgung von häuslicher Gewalt und anderen Formen des Missbrauchs gegen Frauen zu erlassen und die Opfer adäquat zu unterstützen.

KOPO 9/Seite 40f.

Stadtentwicklung

Gescheiterter Feldversuch Berlin-Friedrichstraße

(Dr. Ottilie Klein & Sebastian Pieper)

Die Friedrichstraße in Berlin-Mitte ist in den vergangenen Jahren zum traurigen Symbol des Scheiterns rot-grün-roter Verkehrspolitik geworden, die sich durch erschreckende Bürgerferne auszeichnet. Aus der viel befahrenen Friedrichstraße sollte eine Flaniermeile werden, eine autofreie Zone für Fußgänger und Fahrradfahrer gleichermaßen. Doch das Konzept war schlecht durchdacht und wurde unausgereift umgesetzt. Schnell zeigte sich: Städtische Verkehrspolitik eignet sich weder für Ideologie noch für Symbolpolitik. Und die Folgen des misslungenen Verkehrskonzeptes bekamen vor allem die ansässigen Unternehmer und Anwohner zu spüren.

KOPO 1/Seite 22ff.

Innenstadtsterben: Keine Lösungen von der Stange

(Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Innenstädte und Ortszentren in Baden-Württemberg sind seit jeher Orte der Begegnung, des Wohnens, der Kultur und des Arbeitens – ebenso sind sie Markt- und Handelsplatz. Nicht zuletzt aufgrund dieser unterschiedlichen Funktionen sind die gegenwärtig multiplen Krisen in den Zentren deutlich spürbar.

KOPO 1/Seite 32f.

Digitale Plattform gegen Leerstand

(Dr. Eva Stüber)

Von Kommunen für Kommunen: 14 Modellstädte entwickelten mit über 25 Partnern und Dienstleistern eine Blaupause für digitales

Leerstandsmanagement und vorausschauendes Ansiedlungsmanagement. Nach 16 Monaten Projektlaufzeit ist die Prozessinnovation LeAn® ein Kernergebnis der „Stadtlabore für Deutschland: Leerstand und Ansiedlung“. Leerstand digital zu managen, ist dabei aktuell für den Großteil der deutschen Kommunen schon ein Quantensprung im Vergleich zum Status quo. Gleichzeitig ist es die essenzielle Basis für vorausschauendes Ansiedlungsmanagement. KOPO 1/Seite 34f.

Das Kulturgut Innenstadt – eine Bestandsaufnahme

(Sabine Hagmann)

Seit zweieinhalb Jahren befindet sich unsere Gesellschaft im permanenten Ausnahmezustand, der auch vor unseren Innenstädten keinen Halt macht. Die Coronakrise und die damit verbundenen Aufrufe aus der Politik, dass Bürgerinnen und Bürger Kontakte meiden und besser zu Hause bleiben sollen sowie die staatlich angeordneten Schließungen des Einzelhandels und der Gastronomie führten zu einem massiven Frequenzeinbruch in den Innenstädten. Bilder von verwaisten Einkaufsstraßen, auf denen in normalen Zeiten bunter Trubel herrscht, sind uns allen aus dieser Zeit noch im Gedächtnis. KOPO 1/Seite 36f.

Der Wandel der Innenstädte

(Sabine Verheyen)

Unsere Innenstädte sind Orte der Begegnung. Viele Städte und Gemeinden sind von tiefgreifenden Veränderungen in ihren Innenstädten und Ortskernen betroffen. Bereits vor der Coronapandemie hat sich ein Wandel angedeutet, der durch die Pandemie noch verstärkt wurde. Statt auf den lokalen Einzelhandel, greifen immer mehr Menschen auf Online Anbieter zurück. Doch auch für den verbleibenden Einzelhandel sowie die Gastronomie werden die Herausforderungen größer.

KOPO 1/Seite 38f.

Neue Ortsdurchfahrt in Rudersberg

(Raimon Ahrens)

Die Gemeinde Rudersberg liegt mit ihren 12 Teilorten und rund 11.500 Einwohnern im Herzen des Rems-Murr-Kreises im Regierungsbezirk Stuttgart. Im gleichnamigen Hauptort der Gemeinde treffen die beiden Landesstraßen L 1080 und L 1148 aufeinander. Diese Situation führte zu einer hohen Verkehrsbelastung, welche die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigte. Mit der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt konnte die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte enorm gesteigert werden.

KOPO 10/Seite 18ff.

Wahlen & Verwaltung

Wahlen in Bremen

(Jasmin Herbell)

Auch die Bremer und Bremerinnen waren am 14.5. aufgerufen, eine neue Bürgerschaft zu wählen. Dank ihres beliebten Spitzenkandidaten hat die SPD die Wahl gewonnen mit 29,8 Prozent.

KOPO 6/Seite 14

CDU stärkste Kraft vor Ort in Schleswig-Holstein

(Jasmin Herbell)

Am 14. Mai fanden im nördlichsten Bundesland Kommunalwahlen statt: 1.074 kreisangehörige Gemeinden, vier kreisfreie Städte

sowie elf Kreise wählten eine neue Gemeindevertretung beziehungsweise einen neuen Kreistag.

KOPO 6/Seite 15

Vom Umgang mit der AfD

(Christian Haase)

Die Haltung der „Wutpartei“ AfD zu zentralen Politikfeldern ist radikal, ihre Antworten der Komplexität und der Realität nicht angemessen. In Teilen ist sie extremistisch, sodass sich für Politiker mit einem Wertekompass eine Zusammenarbeit ausschließt. Das ist klare Haltung in der CDU und in der Unionsfraktion. Und trotzdem erhält sie aktuell mehr Sympathien. Warum ist das so?

KOPO 7/Seite 12f.

Studie: Kaum Chefinnen im öffentlichen Dienst

(Sarah Jankowski)

Diversität und Chancengleichheit: Schlagworte, die in aller Munde sind. Doch werden sie auch gelebt und zwar in einem ausreichenden Maß? Wie sieht es aus in Deutschlands öffentlichen Institutionen, die aufgrund ihrer Vorbildfunktion ganz besonders im Fokus stehen?

KOPO 9/Seite 42f.

Wasserwirtschaft

Die nationale Wasserstrategie der Bundesregierung

(Dr. André Berghegger)

Die Bundesregierung beabsichtigt, Anfang des Jahres 2023 die nationale Wasserstrategie zu verabschieden. Erste Eckpunkte wurden bereits in der vergangenen Wahlperiode im Sommer 2021 beschlossen. Die nationale Wasserstrategie soll die Frage beantworten, wie wir im Jahr 2050 die Wasserversorgung sicherstellen können und hat den Anspruch, umfassend Aspekte der gesamten Wasserwirtschaft zu betrachten. Die nationale Wasserstrategie ist in zehn Themenblöcke aufgeteilt, in denen Herausforderungen geschildert, Zielvorstellungen dargestellt und 78 Maßnahmen mit kurz- und mittelfristiger Umsetzungsperspektive abgeleitet werden.

KOPO 1/Seite 14ff.

Wassertransport gegen Dürreperioden

(Dr. Arnt Baer)

Selbst im immer noch wasserreichen Deutschland müssen alle schneller handeln als bisher, um unsere Wasservorräte zu schützen, Grundwasserstände wieder aufzubauen und die Versorgung langfristig zu sichern. In den letzten Sommern mussten bereits an die hundert Kommunen mit Ordnungsrecht hantieren, um ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen. Einige Kommunen sind am Rande ihrer Kapazitäten, daher gilt der Aufruf zum Handeln – jetzt! Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über Prioritäten.

KOPO 11/Seite 26f.

Die Sorgenfalten bei den Wasserversorgern nehmen zu

(Thomas Abel)

Regionale Trinkwasserknappheit – was als Ausnahmeerscheinung begann, entwickelt sich zum Dauerzustand. Laut einer Umfrage des VKU unter seinen Mitgliedsunternehmen gaben vier von zehn Wasserversorgern an, temporäre und lokale Engpässe in der

Trinkwasserversorgung nicht ausschließen zu können. Sei es, weil das Dargebot angespannt ist, oder die Infrastrukturen an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Was ist in solchen Situationen zu tun?

KOPO 11/Seite 28f.

Zuwanderung

Die Bundesregierung muss endlich handeln

(Christian Haase)

Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – so lautet der Titel des neuen Positionspapiers der CDU/CSU-Fraktion. Denn eines ist klar: Die Flüchtlingszahlen steigen und steigen, die Aufnahmekapazitäten vor Ort sind erschöpft.

KOPO 4/Seite 10ff.

Europäischer Asyl- und Migrationspakt

(Marion Walsmann)

Und sie bewegt sich doch: Sieben Jahre nach der ersten Auflage eines Reformpakets für die gemeinsame Asylpolitik der EU wird zwar noch immer um eine Einigung gerungen. EU-Parlament und Rat drücken jetzt aber auf die Tube: Der neue Pakt soll noch vor Ende der Legislaturperiode stehen.

KOPO 6/Seite 16f.

Ampel sitzt Finanzzusagen an Kommunen weiter aus

(Dr. André Berghegger)

Das Bund-Länder-Treffen am 10. Mai 2023 war erneut kein regulärer Flüchtlingsgipfel unter Einbeziehung der Kommunen, sondern „nur“ eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) unter Beteiligung des Bundeskanzlers. Die Vereinbarungen zum weiteren Beratungsverfahren lassen darauf schließen, dass auch weiterhin seitens der Bundesregierung nicht beabsichtigt ist, einen echten Flüchtlingsgipfel, wie sie in den Jahren 2015/16 sich bewährt hatten, durchzuführen. Die Kommunen sitzen in einer Situation, die sie an die Grenzen der Leistungsfähigkeit bringt, weiterhin nur am Katzentisch und müssen hoffen, dass die Länder es richten werden.

KOPO 6/Seite 18ff.

Neustart in der Migrationspolitik einleiten

(Dr. Gerd Landsberg)

Wir brauchen einen echten Neustart in der Migrationspolitik. Nach 2015 sind wir nun in der zweiten Flüchtlingskrise und die nächste zeichnet sich am Horizont ab. Die Kommunen fühlen sich zum Teil alleingelassen bei den Aufgaben Unterbringung und Integration. Im Lichte der Flüchtlingskrise 2015/2016 und der aktuellen Erfahrungen braucht es die Verankerung einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe Integration“ im Grundgesetz und die Schaffung eines Migrationsgesetzbuches, in dem die Regelungen gebündelt werden.

KOPO 7/Seite 18f.

Starke Kommunen, starke Demokratie

(Ministerpräsident Hendrik Wüst)

„Zeitenwende“ – mit diesem Begriff hat der Bundeskanzler den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen, die Sicherheits- und Vertei-

digungspolitik sowie die Energiepolitik treffend beschrieben. Die Folgen dieser Zeitenwende auch für uns in Deutschland sind tiefgreifend. Vor allem unsere Städte und Gemeinden spüren sie mehr und mehr: durch die große Zahl von Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, durch hohe Energiepreise und durch hohe Inflation.

KOPO 9/Seite 14f.

Aus den Ländern: Berlin

Berlin – Wähl Dich neu

(Arne Herz)

Berlin war schon immer etwas besonders: Besonders groß, besonders lange eine Insel im roten Meer des Sozialismus, besonders liebenswert. Und manche in der Republik meinen auch, besonders unfähig, eine Verwaltung zu organisieren und nun sogar nicht mal eine Wahl.

KOPO 4/Seite 16f.

Aus den Ländern: Bayern

Bayern vor der Landtags- und Bezirkstagswahl 2023

(Stefan Rößle)

Am 8. Oktober entscheiden die Bayern über die zukünftige Regierung des Freistaats und in den bayerischen Regierungsbezirken über die Zusammensetzung der sieben Bezirkstage (siehe Infokasten). Zeit für eine kurze Analyse der aktuellen Legislaturperiode und einen kleinen Ausblick aus kommunalpolitischer Sicht.

KOPO 9/Seite 28f.

Aus den Ländern: Hessen

Behinderte nicht diskriminieren!

(Michael Reul)

Die CDU-Fraktion im LWV Hessen hat sich dafür ausgesprochen, die Ungleichbehandlung von behinderten Menschen in der Pflegeversicherung endlich zu beenden. Seit der Einführung der Pflegeversicherung erhalten behinderte Menschen, wenn sie in Wohnheimen der Eingliederungshilfe leben, nach § 43a SGB XI lediglich maximal 266 Euro monatlich (normalerweise 2.005 Euro monatlich) aus der Pflegeversicherung.

KOPO 1/Seite 44

Hessen hilft in Flüchtlingsfragen

Es kommen zunehmend mehr Menschen nach Hessen und Deutschland, weil sie vor Krieg und dessen Folgen flüchten müssen oder andere Fluchtgründe haben. Hessen hat im Jahr 2022 bisher 80.300 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und 15.400 Asylsuchende aufgenommen. Land und Kommunen sind dadurch stark gefordert. Das Land Hessen lässt seine Kommunen in dieser angespannten Situation nicht allein und unterstützt sie organisatorisch und finanziell. Die Landesregierung hat dafür umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht.

KOPO 1/Seite 45

Oberbürgermeisterwahlen in Hessen

Mit vier hervorragenden Kandidaten bei den Oberbürgermeisterwahlen in Hessen will die CDU unter Beweis stellen, dass auch Großstädte für sie zu gewinnen sind.

KOPO 1/Seite 46

Das Investitionsprogramm macht Kommunen stark

(Michael Boddenberg)

Finanzminister Michael Boddenberg zieht Bilanz: Knapp 99 Prozent des Investitionsprogramms der Hessenkasse sind zum Ende der Antragsfrist belegt.

KOPO 2/Seite 43

Hessenkasse wirkt doppelt und dreifach

(Thorsten Weber)

Die bundesweit einmalige Hessenkasse ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Die Hessische Landesregierung hat den Kommunen ein unschlagbar gutes Angebot zur Entschuldung der kommunalen Haushalte unterbreitet und ihnen zugleich mit dem Investitionsprogramm Spielräume für wichtige Investitionen geschaffen. Viele Kommunen haben mittlerweile ihre Schulden mit den günstigen Zinskonditionen getilgt und können nun gestärkt Zukunftsprojekte angehen.

KOPO 2/Seite 44f.

Hessen setzt Landarztprogramm fort

(Thorsten Weber)

In Hessen können sich Interessierte jetzt für das Wintersemester 2023/2024 auf einen der quotierten Plätze für ein Studium der Humanmedizin bewerben. Die Landesregierung hatte diese Möglichkeit 2022 geschaffen, um den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und die hausärztliche Versorgung in Hessen zu stärken, denn eine spätere Tätigkeit in einem dieser Bereiche ist Bedingung für den Zugang zu den quotierten Plätzen.

KOPO 2/Seite 46

Ausbau beim Mobilfunk geht in Hessen voran

Die Jahresbilanz des Zukunftspakts Mobilfunk fällt erfolgreich aus. An jedem Werktag wurden ein Mobilfunkstandort in Hessen neu errichtet und täglich über vier Standorte modernisiert.

KOPO 5/Seite 38f.

IT-Planungsrat: Hessens CIO übernimmt Vorsitz

Hessen hat zum Jahresbeginn turnusgemäß den Vorsitz des IT-Planungsrats übernommen. Patrick Burghardt, Digitalstaatssekretär und Chief Information Officer des Landes Hessen (CIO) sowie Bevollmächtigter der Landesregierung für E-Government und Informationstechnologie, hat die Leitung des zentralen Bund-Länder-Gremiums für die Digitalisierung der Verwaltung von Bundes-CIO Dr. Markus Richter übernommen.

KOPO 5/Seite 40

Hessen hat Innere Sicherheit stark verbessert

(Thorsten Weber)

Die Innere Sicherheit hat für die Hessische Landesregierung höchste Priorität – und das zahlt sich aus. Hessen gehört zu den sichersten Bundesländern. Damit das so bleibt, investiert die Landesregierung weiter stark in die Innere Sicherheit. Während im Jahr 2002 im Haushalt nur 844 Millionen Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung standen, wird der Wert 2023 bei mehr als 2,6 Milliarden Euro liegen. Die gezielten Investitionen seit 2014

und strategischen Schwerpunktsetzungen spiegeln sich in konkreten Erfolgen wider. Ein Überblick.

KOPO 6/Seite 44f.

Hessen für nationalen Demokratie-Gedenktag

(Lucia Puttrich)

Die hessische Landesregierung spricht sich für die Einführung eines nationalen Demokratie-Gedenktages aus. Im Bundesrat hat Staatsministerin Lucia Puttrich die hessische Bundesratsinitiative dazu vorgestellt. Anlass für die Initiative ist der 175. Jahrestag des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche.

KOPO 6/Seite 46

Der Traum von den eigenen vier Wänden

Inflation, explodierende Materialkosten und hohe Grundstückspreise – der Traum von den eigenen vier Wänden rückt für viele Menschen in weite Ferne. Die CDU in Hessen fordert deshalb Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer einzuführen. Bis das umgesetzt ist, möchte die Landesregierung Bauherren beim Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie mit dem sogenannten Hessesengeld unterstützen.

KOPO 7/Seite 44

Glänzende Aussichten für hessische Kommunen

(Stephan Paule)

Das Wahlprogramm der hessischen CDU verspricht mehr finanziellen Spielraum und weniger Bürokratie. Ein Überblick von Stephan Paule.

KOPO 7/Seite 45

Deutschlandticket macht Kommunen Probleme

(Jörg Frank)

Bund und Länder haben sich am 08. Dezember 2022 geeinigt, ein deutschlandweit einheitlich ab dem 01. Mai 2023 geltendes 49-Euro-Ticket – das Deutschlandticket – für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im monatlich kündbaren Abonnement einzuführen und sich die Finanzierung hälftig zu teilen. Etwa sieben Millionen Fahrgäste haben bereits ein Deutschlandticket erworben und der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) schätzt, dass elf Millionen Stammkunden von ihren aktuellen Zeitkarten zum Deutschlandticket wechseln werden.

KOPO 7/Seite 46ff.

Der Wolf muss ins Jagdrecht

(Michael Reul)

Hunde sind die besten Freunde des Menschen. Trotzdem gilt für sie eine Leinenpflicht, insbesondere beim Spaziergang während der Brut- und Setzzeiten in der freien Natur. Nur der Wolf, Ahnherr aller Hunderassen, darf immer und überall frei herumstreifen und zu jeder Zeit Beute reißen. Europäisches Recht schützt ihn vor jeglicher Verfolgung. Die Regelung stammt aus einer Zeit, in der Wölfe in Deutschland ausgerottet waren.

KOPO 9/Seite 44f.

Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger

(Manfred Pentz)

Am 8. Oktober wählt Hessen einen neuen Landtag. Bei unserem Darmstädter Parteitag haben wir inhaltlich und personell die wesentlichen Entscheidungen getroffen, um Hessen weiterzuführen. In unserem Hessenprogramm widmen wir uns mit klarem Blick

der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die richtigen Entscheidungen fällen, um die Idee einer Verwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger weiter voranzutreiben.

KOPO 9/Seite 45

Stil, Stabilität und sanfte Erneuerung

(Manfred Pentz)

8. Oktober war ein historischer Tag für die hessische Union – mit einem Wahlergebnis von 34,6 Prozent. Jetzt beginnt ein neues Kapitel für unsere Partei: Mit neuer Stärke und einem frischen Regierungsauftrag für unser Land!

KOPO 11/ Seite 42f.

7. Oktober wird in die Geschichte eingehen

(Uwe Becker)

Die Dimension des Terrors vom 7. Oktober sprengt die Dimensionen aller bisherigen Kriege und kriegerischen Auseinandersetzungen, in denen Israel seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1948 seine Existenz verteidigen musste. Selbst der jahrzehntelange Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen, aus dem Libanon oder Syrien, bei dem auch bereits tausendfach blind auf die Zivilbevölkerung, auf israelische Familien gefeuert wurde, verschwindet hinter dem Terror dieses Oktoberwochenendes.

KOPO 11/ Seite 44f.

Aus den Ländern: NRW

CDU und Grüne schnüren „Windpaket“

(Markus Klaus)

Für Versorgungssicherheit, niedrige Strompreise, mehr Klimaschutz und Akzeptanz – mit dem Windenergieausbaupaket wollen CDU und Grüne bessere Rahmenbedingungen für Windenergie in Nordrhein-Westfalen setzen.

KOPO 1/Seite 47ff.

NRW treibt Ausbau von PV und Wärmepumpen voran

(Markus Klaus)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat einen Runderlass veröffentlicht, der den Ausbau von erneuerbaren Energien im Rahmen der Landesbauordnung vereinfacht.

KOPO 1/Seite 53

Mehr Bauland für bezahlbares Wohnen

(Markus Klaus)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat die Verbändeanhörung über einen Entwurf für eine Rechtsverordnung zur Umsetzung des Bundes-Baulandmobilisierungsgesetzes eingeleitet. Mit der künftigen Baulandmobilisierungs-Verordnung sollen 95 Kommunen zusätzliche Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um mehr und schneller Bauland erschließen zu können. Dazu zählt unter anderem die Erweiterung des gemeindlichen Verkaufsrechts auf brachliegende Grundstücke oder die Möglichkeit zur Verhängung eines Baugebots bei dringendem Wohnbedarf der Bevölkerung. Nach der abgeschlossenen Verbändeanhörung erfolgt eine Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen. Mit einem Inkrafttreten ist nach Ministeriumsangaben Anfang 2023 zu rechnen.

KOPO 1/Seite 54

Interview: Auch beim Demonstrieren gibt es Spielregeln

(Stephan Muckel, Markus Klaus)

Die Räumung von Lützerath hat wochenlang die Schlagzeilen bestimmt. Wir haben mit Stephan Muckel, Bürgermeister von Erkele, über die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes gesprochen und wie es mit den Tagebaudörfern weitergeht.

KOPO 3/Seite 16ff.

Zusammenarbeit stärkt Kommunen

(Thomas Hunsteger-Petermann)

Ob Fachkräftemangel, Haushaltsengpässe, Klimaanpassung oder Modernisierung der Infrastruktur – für die drängenden Herausforderungen der kommenden Jahre kann die interkommunale Zusammenarbeit gute Lösungsansätze bieten. Führungskräfte aus zahlreichen Städten, Kreisen und Gemeinden besuchten Mitte Februar auf Einladung der Kommunalen Spitzenverbände die Tagung Interkommunales.NRW, um sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen.

KOPO 3/Seite 46f.

Kommunalpolitik blickt sorgenvoll in die Zukunft

(Markus Klaus)

Die Ergebnisse der Umfrage des KPV-Bildungswerkes e.V. wird Kenner der Materie sicher nicht verwundern. Die Aussichten sowohl für das aktuelle als auch das kommende Jahr beurteilen die von der Geschäftsstelle befragten christdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus NRW mit Blick auf die finanzielle Situation alles andere positiv. Aber nicht nur das!

KOPO 3/Seite 48ff.

Digitalisierung der Rats- und kommunalen Gremienarbeit

(Klaus-Viktor Kleebaum)

Die kommunale Praxis in Nordrhein-Westfalen wartet mit großer Spannung – neben den Regelungen zur Entschädigungsverordnung – auf die vom Ministerium für Kommunales angekündigten konkreten Hinweise zur Durchführung digitaler und hybrider Gremiensitzungen in den Kommunen.

KOPO 5/Seite 41ff.

Änderungen der Regelungen für den Windkraftausbau

(Gregor Bender)

Vielorts herrscht Unsicherheit, ob durch die vieldiskutierten neuen Gesetze noch eine (kommunale) Steuerung bei der Errichtung und dem Ausbau von Windenergieanlagen möglich ist. Was ist wirklich neu, welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen und welche neuen Rahmenbedingungen sind zu beachten? Um ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen, beleuchten wir die neuen Regelungen im Vergleich zur bisherigen Rechtslage.

KOPO 5/Seite 49ff.

NRW startet 2024 Altschulden-Regelung

Das Land NRW will 2024 mit der lange geforderten Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden beginnen. Geplant sei, ab Mitte 2024 die Hälfte der kommunalen NRW-Altschulden in Höhe von 9,85 Milliarden Euro in Landesschulden zu überführen, kündigte NRW-Kommunal- und Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) Mitte Juni an. Dadurch soll etwa jede zweite Kommune in Nordrhein-Westfalen entlastet werden, insbesondere diejenigen, die besonders unter der Schuldenlast leiden.

KOPO 7/Seite 50f.

Zur Einführung digitaler und hybrider Sitzungen

(Klaus-Viktor Kleerbaum)

Der Rechtsrahmen für digitale und hybride Sitzungen kommunaler Gremien in Nordrhein-Westfalen bildet eine solide Grundlage für die dauerhaft rechtssichere digitale Beschlussfassung kommunaler Gremien sowie die Qualität der Beratungen. Der erreichte Regelungsrahmen trägt den Anforderungen der Rechtsprechung an die Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes in besonderer Weise Rechnung.

KOPO 7/Seite 52f.

Zum Fraktionsausschluss in der kommunalen Praxis

(Klaus-Viktor Kleerbaum)

In der kommunalen Praxis ist eine wachsende Anzahl von Fraktionsausschlüssen wahrzunehmen, die zu weitreichenden Belastungen in der Rats- beziehungsweise Kreistagsarbeit vor Ort führen können. Ein Praxisleitfaden.

KOPO 7/Seite 54f.

Bibliotheken dürfen sonntags öffnen

(Klaus-Viktor Kleerbaum)

Im Gegensatz zu den oftmals erfolglosen regelmäßigen Rechtsstreitigkeiten hinsichtlich zulässiger Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen hat das OVG Münster (1.6.2023 4D94/20) nunmehr klargestellt, dass öffentliche Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen geöffnet werden können, weil die durch Landesverordnung vorgesehene Sonn- und Feiertagsöffnung von öffentlichen (kommunalen, kirchlichen) Bibliotheken rechtmäßig und damit wirksam ist. Ein hiergegen gerichteter Normenkontrollantrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hatte keinen Erfolg.

KOPO 7/Seite 56f.

Zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz

(Klaus-Viktor Kleerbaum)

Mit praxisrelevanter Begründung hat das Verwaltungsgericht Münster aktuell zur Frage des Rechtsanspruches auf einen frühkindlichen Kita- oder Tagespflegeplatzes trotz fehlender Kapazitäten vor Ort Stellung genommen und auf die unbedingte Bereitstellungs- beziehungsweise Gewährleistungspflicht des Jugendhilfeträgers hingewiesen, der sich die betroffene Kommune (hier die Stadt Münster) nicht entziehen können.

KOPO 7/Seite 58

Entschädigungen werden neu geregelt

(Klaus-Viktor Kleerbaum)

Nach fast zweijähriger Diskussion tritt in Nordrhein-Westfalen mit Wirkung zum 1. Januar 2024 die – in der Praxis lang erwartete – Neufassung der Entschädigungsverordnung in Kraft, die formalrechtlich und inhaltlich einige Änderungen aufweist, aber vom Grunde her auf der altbewährten Regelungssystematik aufbaut und diese weiterentwickelt.

KOPO 10/Seite 48ff.

Sperrklausel: Wunsch oder Wirklichkeit

(Markus Klaus)

Die nächsten Kommunalwahlen in NRW finden im Herbst 2025 statt. Wenn der Landesgesetzgeber kommunalwahlrechtliche Regelungen anpassen oder verändern will, muss er zeitnah tätig werden. Eines ist unbestritten: Die Zersplitterung der Vertretungen in den Kommunen erschwert die Ausübung von Mandaten er-

heblich. Dies haben nicht zuletzt verschiedene Umfragen des KPV-Bildungswerkes e.V. unter seinen Mitgliedern gezeigt.

KOPO 10/Seite 52ff.

Historische Reform: Aus für Straßenausbaubeiträge

(Markus Klaus)

In einer bahnbrechenden Entscheidung hat das Landeskabinett von Nordrhein-Westfalen am 17. Oktober 2023 den Gesetzentwurf zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen verabschiedet. Dieser Schritt markiert einen Meilenstein und erfüllt ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis '90/Die Grünen. Der Gesetzentwurf wurde dem Landtag zur weiteren Beratung und Beschlussfassung zugeleitet.

KOPO 11/ Seite 46ff.

Mehrheit für Flüchtlingsunterkunft in Bocholt

(Julia Zupancic)

Im März dieses Jahres gab die Stadt Bocholt bekannt, eine Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Biemenhorst errichten zu wollen. Gegen den Beschluss für diesen Standort formierte sich ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid. Ergebnis der Abstimmung: 66 Prozent stimmen für die geplante Flüchtlingsunterkunft. Ein genauerer Blick auf das Ergebnis und die Motive dahinter.

KOPO 11/ Seite 50f.

Kommunale Spitzenverbände üben Kritik am GFG 2024

(Max Bartels)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben in den Kommunen den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (GFG 2024) vorgelegt. Die kommunalen Spitzenverbände waren eingeladen, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen und an der Sachverständigenanhörung am 20. Oktober 2023 teilzunehmen. Der Beitrag behandelt die wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs und deren Bewertung durch die kommunalen Spitzenverbände.

Seite 11/Seite 52f.

Linke vor Zerreißprobe –auch vor Ort?

(Markus Klaus)

Ende Oktober hat Sahra Wagenknecht die Gründung des Vereins „BSW – Für Vernunft und Gerechtigkeit“ öffentlich vorgestellt. Dieser Verein gilt als eine Art Vorstufe zur Parteigründung und ist bereits registriert. Das Kürzel stehe für „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Welche Auswirkungen hat die Gründung einer neuen Partei auf die kommunale Ebene in NRW?

KOPO 11/Seite 54

WISSEN WAS VOR ORT PASSIERT!

KOPO

kommunalpolitische
blätter

Neu: KOPO online
für Ihr Smartphone
oder Tablet
für nur 58,80 Euro!
kopo.de/kopo-app

Ihr Probe-Abo
zum Vorzugspreis:
Drei Ausgaben
für 12,90 Euro!
kopo.de/probeabo

KOPO lesen – wissen was vor Ort passiert

Sie wollen rechtzeitig über anstehende Entscheidungen im Bundestag und in der Europäischen Union informiert werden?

Sie wollen die Hintergründe und Auswirkungen auf die Kommunen?

Sie wollen rechtzeitig mit Ihren Abgeordneten fachkundig die Diskussion führen?

► Lesen Sie KOPO und mischen Sie sich ein!

Sie wollen grundlegende Fachinformationen?

Sie wollen über die aktuelle Rechtsprechung unterrichtet sein?

Sie wollen den kommunalrechtlichen Hintergrund?

► Lesen Sie KOPO und Sie sind besser informiert!

Sie wollen Teil der kommunalen Familie sein?

Sie wollen etwas über die Menschen erfahren?

► KOPO: Informativ, hintergründig und spannend!



Auch Ihre Gemeinde, Stadt, Ihr Kreis oder Ihre Fraktion kann sich die KOPO leisten: Bestellen Sie jetzt!

Die KOPO (kommunalpolitische blätter) ist die offizielle Stimme der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) und erscheint elfmal im Jahr bundesweit in neuem modernen Magazinlayout.



kopo.de/abonnieren